

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 38 Pf. frei in 6 Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verzeichnisse für 1894 unter Nr. 6919.

Arbeiter!

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfgeleitete Pettkasse oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlung-Räume 30 Pf. Inlocare für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Reuth-Strasse 2. | Freitag, den 25. Mai 1894. | Expedition: SW. 19, Reuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Freisinnige Steuerreform in Berlin!

Die Diskussion über das Kommunalabgaben-Gesetz, welches am 1. April nächsten Jahres in Kraft tritt, zeitigt gar wunderbare Blüten. Man soll's nicht glauben, Wasserstiefel und Badenstrümpfer liegen sich verlobt in den Armen, und Eugen Richter und Alexander Meyer stürmen vereint gegen den Plan los, die Miethsteuer abzuschaffen. In Geldsachen hört nicht nur die Gemüthlichkeit auf, sondern es geht auch dabei das Prinzip in die Brüche — wenigstens beim Freisinn.

Aus Furcht vor einer Erhöhung der städtischen Einkommensteuer läßt der Führer der freisinnigen Volkspartei in seinem Organ, in der „Freisinnigen Zeitung“, die Miethsteuer mit Gründen verteidigen, deren sich die „Kreuz-Zeitung“ wirklich nicht zu schämen brauchte. Die Heuchelei des Freisinnus kommt wieder einmal drastisch zum Ausdruck. Im Reichstage und Abgeordnetenhaus, wo sich die Freisinnigen den Luxus der Minorität gönnen dürfen, wird gegen die indirekten Steuern gewettert. In Berlin, in dessen Verwaltung sich die männliche und weibliche Linie des Freisinnus theilen, wird das schwere Geschick der „Freisinnigen Zeitung“ aufgeföhren, um eine der börsartigsten, mit allen Wirkungen der indirekten Steuern behaftete Kommunalabgabe aufrecht zu erhalten.

Wir sind nicht davon überrascht, daß die „Freisinnige Zeitung“ die Führung in dem Kampfe für die Verewigung der Miethsteuer übernimmt, wissen wir doch, daß der Liberalismus für die wirtschaftlich Schwachen stets nur fatüne Worte hat, und seine politische und namentlich gesetzgeberische Macht immer nur in den Dienst des Kapitalismus zu stellen gewohnt ist.

Uns ist es auch sehr recht, daß die „Freisinnige Zeitung“ in einem Augenblick, wo sie die Pflicht hätte, mit ganzer Energie dafür einzutreten, daß die von ihr gepredigte Theorie der Abschaffung der indirekten Steuern, wenigstens auf einem Gebiet praktisch durchgeführt wird, sich so schamlos prostituiert, daß sie sich selbst ins Gesicht schlägt, und in der Eier, die Millionäre vor einer Erhöhung der Steuerlast zu schützen, alles über den Haufen wirft, was ihre Partei seit langen Jahren gegen die Miethsteuer gesprochen und geschrieben hat.

Was werden aber die tieferen Bezirksvereins-Philister, die braven Fortschrittsredner, die in zahllosen Reden und Resolutionen über die Niederträchtigkeit der Miethsteuer

gedonnert haben, sagen, wenn sie mit einem Male durch die „Freisinnige Zeitung“ hören, daß die Miethsteuer beibehalten werden muß, damit die Reichen in Berlin nicht in ihrer Thätigkeit des Konponabschneidens gestört und nicht geärgert werden durch eine, bei Aufhebung der Miethsteuer etwa notwendig werdende Erhöhung der Einkommensteuer.

Die Sorge vor entsprechenden Zuschlägen zur Einkommensteuer raubt der „Freisinnigen Zeitung“ all und jede Ueberlegung und läßt sie die Beibehaltung der Miethsteuer mit den dümmsten, — vielleicht ist es richtiger zu sagen — mit den infamsten Gründen verteidigen.

Die „Freisinnige Zeitung“ giebt zu, daß die Miethsteuer nach unten progressiv wirkt, aber das hindert sie nicht, dieser Besteuerungsart das Wort zu reden. Ein feiner Freisinn und echte Volks- und Arbeiterfreundlichkeit ist's, sich für eine Steuer zu begeistern, welche die Miethe des Armen bis vor wenigen Jahren in Berlin mit demselben Steuerfusse belegte als die Wohnung des Millionärs.

Das Organ des Herrn Eugen Richter weiß ganz genau, daß die Quote des Einkommens, welche für Miethe gezahlt wird, immer höher wird, je geringer das Einkommen ist und daß umgekehrt die Einkommensquote für Miethe sinkt, je höher das Einkommen steigt. Trotzdem empfiehlt die „Freis. Ztg.“ in blinder Vertheidigung der kapitalistischen Interessen die Beibehaltung der Wohnungsbesteuerung und verzichtet damit kaltblütig auf die Wahrung der hygienischen Interessen der großen Masse zu gunsten einer handvoll reicher Leute.

Mit großer Beredsamkeit bekämpft Herr Richter im Reichstage als Redner der Minorität die Hölle auf Lebensmittel, und in Berlin, dem Sitze der freisinnigen Stadtregierung, giebt sein Organ eines der allernothwendigsten Lebensbedürfnisse — die Wohnung — einer geradezu grausamen Besteuerung preis. So zeigt sich der Freisinn in Theorie und Praxis.

Da der Miethwerth je nach der Gegend und Lage der Wohnung verschieden ist, so behauptet die „Freisinnige Zeitung“, kann man sich auch billige Wohnung und dadurch einen geringeren Miethsteuer-Vortrag beschaffen. — Diese volkswirtschaftliche Weisheit in ehrliches Deutsch überseht, heißt nichts anderes, als daß die minder wohlhabenden Einwohner, um an Miethsteuer zu sparen, sich in ungesunden, engen, weit entlegenen Wohnquartieren zusammenpferchen sollen, damit die Reichen in ihren Villen und Palästen nicht durch angemessene Einkommensteuern belästigt werden.

Herr Dr. Miquel wird an der Fiskalität der „Freisinnigen Zeitung“ seine helle Freude gehabt haben, als er las, daß die Beibehaltung der Miethsteuer unter anderem auch mit der Gesinnigkeit der Erhebungskosten begünstigt wird. Wirklich, besser können es die Camp und Konjorten auch nicht machen.

Die „Freisinnige Zeitung“ kann nicht umhin zuzugestehen, daß die Miethsteuer die kinderreichen Familien stärker belastet, weil dieselben größere Wohnungen gebrauchen, hält diesen Vorwurf gegen die Miethsteuer jedoch um deswillen für ungedächtfertigt, weil kinderreiche Familien auch den Gemeinden größere Kosten verursachen. Als Beweis für diese Behauptung wird der Kommunalzuschuß für den Volksschul-Unterricht ins Feld geführt.

Das nimmt sich hübsch aus in einer liberalen Zeitung, diese Klage über die Kosten des Volksschul-Unterrichts. Dabei ist die „Freis. Ztg.“ natürlich so vorsichtig, zu verschweigen, daß der Betrag, den die Stadt Berlin für jeden Besucher der höheren Knaben- und Mädchenschulen als Zuschuß zahlen muß, sehr bedeutend höher ist als die Summe, welche bei dem unentgeltlichen Unterricht in den Gemeindegemeinschaften für den einzelnen Schüler verausgabt wird.

Die Begeisterung der „Freis. Ztg.“ für die Miethsteuer gipfelt in dem kaum glaublichen Vorwurfe, daß die Miethsteuer für gewerbliche Räume unter allen Umständen beibehalten werden muß. Die verstocktesten Vertheidiger der Miethsteuer haben immer zugegeben, daß es eine schwere Ungerechtigkeit ist, daß gewerbliche Räume miethsteuerpflichtig sind. Seit Jahrzehnten bemühen sich weite Kreise der Berliner Bürgerschaft, diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu machen. Namentlich die Handwerker und die Kleingewerbetreibenden beschwerten sich mit Recht über die Besteuerung ihrer Werkstätten und Läden und da kommt die „Freis. Ztg.“ in dem Bestreben, die Einkommensteuer möglichst tief zu erhalten, und verlangt unter allen Umständen die Beibehaltung der Miethsteuer für gewerbliche Räume.

Unverschämter und unverschämter können die Interessen des Kapitalismus in der That nicht vertreten werden. Abgesehen davon, daß es überhaupt unsinnig ist, den Raum, welcher die Voraussetzung für die Möglichkeit des Erwerbs und damit für die Steuerfähigkeit bildet, einer Besteuerung zu unterwerfen, werden auch hierbei wieder die Großen zum Nachtheil der Kleinen bevorzugt. Man denke nur daran, daß der Handwerker und Kleingewerbetreibende für seine Werkstatt bezw. Magazin oder Betriebsräume im Verhältniß viel mehr Platz braucht als der Großindustrielle, und infolge dessen auch entsprechend höher belastet ist als

hierüber berichten, ich bin glücklich. Meine Katharine ist das Gestirn, das mildiglich meinen Lebensweg überstrahlt, und sich in unsern Kleinen zu unsrer Wonne verdoppelt hat.“ — „Wie bin ich froh, solch Zeugniß aus Eurem Munde zu vernehmen, Herr von der Rhön,“ versetzte der Kaiser; „so hat dem doch der Befehl Eures Vaters, dem Ihr so lange widerstrebte, gute Früchte getragen. So stößt man oft die Perle lange zurück, die uns das Schicksal wohlwollend reich. Ihr habt noch zu rechter Zeit die Hand aufgethan. Wohl Euch!“

Mit verdüstertem, aber freundlichem Blicke reichte Bilger seinem Weibe die Hand. Sigmund fuhr indessen fort: „Ihr Leute wißt gar nicht, wie glücklich Ihr seid. Ihr freut Euch des Daseins in Eurem eigenen Hause, während Meinesgleichen in weitläufigen Burgen und Städten mit dem Mismuth Hand in Hand gehen. Es ist ein schwer Ding um das Regiment über Land und Leute. Wie gerne vertauschte ich den Fürstentitel mit Eurem Rode, und würde ein Wildmeister wie Ihr. Aber so ist es mein Beruf, der ganzen Welt Handel zu schlichten, wie es eben geht. Hier soll ich begnadigen, dort mit dem Schwert dreinschlagen; an allen Orten soll ich zugleich sein. Bald machen mich die Städte unwirch, bald hab' ich's mit der Herrenbank verdorben; die Fürsten spreizen sich, die Bauern murren, die Keger predigen alles Unheil. Gegenwärtig hab' ich's mit der Geistlichkeit zu thun, und der liebe Gott helfe mir gnädig über diesen städtischen Zaun. Hab' ich aber auch mit Angst und Noth dem Staatsleben so ziemlich aufgeholfen, flugs reiben sich gewöhnliche Finsterlinge an meinem Ansehen im gemeinen Bürgerleben. Hat sich nicht erst vor kurzem bei einem gewissen verdrießlichen Handel ein Dummbart unterstanden, sich für meine Person auszugeben, und mich dadurch vor aller Welt in einen ärgerlichen Verdacht

Feuilleton.

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

Dreizehntes Kapitel.

Wie oft du einmal nur die Schuld zur Frohne.

Weg dienst du ihr dann als frohrender Knecht.

Wer Liebe und Unschuld vereint und traulich zu Tafel sitzen sehen wollte, mußte an den Tisch des Wildmeisters Bilger von der Rhön treten. Wäsig war er besetzt von Gästen und Speisen, allein aus den Gesichtern der beiden Ehegatten, wie des zwischen ihnen spielenden Kindes lachte eine Zufriedenheit, welche die mageren Fastengerichte in einen könnigspigen Pfingstschmaus verkehrte. Die Sonne eines heiteren Tages, wie ihn nicht selten der scheidende Morgen bietet, schaute behaglich durch die weiten Fenster des Wäsburger Schlosses auf den kleinen Haushalt des Wildmeisters, dem gerade sein Weib in kindlicher Einfalt noch einmal alle Wunder und Festlichkeiten der Fastnacht zu Gohnitz erzählte, welche sie schon öfters zum Besien gegeben hatte. Mit liebevoller Geduld horchte Bilger der Geschwäglerin zu: das Töchterlein, halb auf dem Schoße der Mutter gelehnt, stellte sich ebenso aufmerksam, und selbst der Wärsfänger Poltan schien, vor dem Tische ausrecht sitzend, und das Gesicht in die Sammetfalten des beschauenden Ernstes gelegt, das stille Vergnügen seiner Herrschaft zu theilen. Des Herrn von der Rhön Aufmerksamkeit war democh von dem oft gehörten Bericht nicht so sehr in An-

spruch genommen, daß er das Geräusch überhört hätte, das sich in dem Hofe vernehmen ließ; den Hufschlag ankommender Pferde, das Rufen der Reiter, und die langgehaltene Hornstöße des Wästers. Er eilte, an das Fenster zu kommen, und erblickte, da er die gemalten Flügel aufschlug, mehrere in des Kaisers Farben gekleidete Knechte auf dem Burzplah, theils zu Gaule sitzend, theils einen aalglatten Schimmel haltend, dessen reiches Sattelzeug allsobald den vornehmen Reiter verrieth. Der Pförtner machte aus seinem Hüttchen die Oberden der größten Verwunderung nach dem herabsehenden Wildmeister herüber, und das Räthsel löste sich diesem bald, denn die Thüre sprang auf, und der Kaiser selbst trat im einfachen Reitkleide herein. . . . den Vogt verabschiedend, der ihn bis hieher geleitet hatte. Bilgers und seiner Gattin freudiges Erstaunen wuchs, da der Fürst mit der ihm angeborenen Freundlichkeit und Herablassung alle Bewillkommung von der Hand wies, Kederenz und Gewandlung untersagte, und so vertraulich am Tische auf einem Schemel ohne Lehne Platz nahm, als sei dieses seine ihm zustehende Stelle. „Keine Fierereien!“ sprach Sigmund, während er durch seinen Wint den Hausherrn saumt Gheiwirthin in die kaum verlassenen Behnsthühle wies, und das lächelnde Kind auf den Schooß zog, in den warmen Marderpel. „Wenn man gute Freunde heimfucht, thut man sich weder Zwang an, noch duldet man ihn; und ich denke ja, ich bin bei guten Freunden.“ „Bei den treuesten Dienern Ew. römischen Majestät,“ versicherte der Wildmeister. — „Ich wollte mich von Eurem Wohlsein überzeugen“, fuhr der Kaiser fort: „und sehen, wie das holde Weiblein hier im Hauswesen sich benimmt.“

Die Wildmeisterin erröthete verschämt; Bilger aber erwiderte: „Mit drei Worten, gnädigster Herr, kann ich Euch

Agenten, Versicherungsgesellschaften u. s. w., deren Umsatz nach Millionen zählt, können sich mit einigen Zimmern begnügen. Der Börsenjobber, der täglich Hunderttausende umschlägt, kann sein Quartier in irgend einem Café aufschlagen, während der Handwerker und die kleinen und mittleren Gewerbetreibenden in sehr vielen Fällen theuere Lokale halten müssen und durch die Miethsteuer noch extra schwer belastet werden.

Diesen Zustand, dessen Unhaltbarkeit klar auf der Hand liegt, will die „Freisinnige Zeitung“ aufrecht erhalten nur — wir müssen es immer wieder betonen — um einer stärkeren Heranziehung der Reichen auf dem Wege der Einkommensteuer vorzubeugen.

Die Opposition der „Freis. Ztg.“ gegen die Aufhebung der Miethsteuer ist um so staubalöser, als die ganze Freisinnpresse ebenso wie die freisinnigen Parlamentarier und Berliner Stadtväter von Wohlwollen für die wirtschaftlich Schwachen förmlich triefen, wenn es zu den Wahlen steht. In dem Augenblick jedoch, wo es sich ernsthaft darum handelt, den Armen und Bedrängten Schutz zu gewähren, den Arbeitern und dem Mittelstand Steuererleichterungen zu schaffen, da verlagert die Volkshörlichkeit des Freisinn, da marschirt allen voran die „Freis. Ztg.“, um das heilige Kapital zu schützen.

Wie schwachvoll und in welchem Umfange die „Freis. Ztg.“ sich zum Hülfhalter der Großkapitalisten macht, geht aus folgender Tabelle hervor, die klar und deutlich zeigt, daß die Aufhebung der Miethsteuer, selbst bei starker Erhöhung des Einkommensteuerzuschlags, einzig und allein den ganz hohen Einkommen eine kleine finanzielle Belastung bringt, während Arbeiter, Handwerker, Kleingewerbe, die kleinen und mittleren Beamten, der ganze Mittelstand bis zu sehr bedeutenden Einkommen hinaus durch die Aufhebung der Miethsteuer entlastet werden.

Bei unserer Aufstellung sind die sehr erheblichen Ersparnisse an Miethsteuer bei gewerblichen Räumen noch nicht in Kalkulation gebracht, sondern es ist nur wirkliches Einkommen angenommen und danach die Einkommensteuersätze berechnet worden.

Die angenommenen Miethen entsprechen ebenfalls der Wirklichkeit, wenn auch vielleicht in einzelnen Fällen abweichende Miethsätze vorhanden sein sollten.

Einkommen	Miethsteuer		Einkommensteuer	Miethsteuer plus Einkommensteuer	Einkommensteuer	Zahl bei Aufhebung der Miethsteuer und 120 pCt. Einkommensteuer
	Mt.	%				
900	225	2	4,50	6	10,50	6,20
1200	300	2	6	12	18	14,40
1500	375	2	7,50	21	28,50	25,20
1800	450	3	13,50	31	44,50	37,20
2400	600	3	18	44	62	52,60
3000	750	4	30	60	90	72
3600	900	5	45	80	125	98
4500	1125	5	75	118	193	142,60
6000	1500	6	90	160	240	192
9000	2250	7	157,50	278	402	331,20
12500	3125	8	250	390	557	468
18500	4625	9	405	570	770	684
24500	6125	10	612,50	760	990	900
32000	8000	11	880	1040	1280	1248
50000	12500	12	1500	1760	2080	2112
60000	15000	13	1950	2160	2560	2592
100000	25000	14	3500	4000	4400	4800

Wir sind bei Aufmachung vorstehender Tabelle der Annahme der „Freisinnigen Zeitung“, daß bei Aufhebung der Miethsteuer die Stadt 120 pCt. Einkommensteuer erheben müsse, gefolgt, obgleich dies durchaus nicht notwendig ist, denn bei einer angemessenen Besteuerung des Grundbesitzes und namentlich bei steuerlicher Heranziehung der zum Zweck wäster Terrainspekulationen in Privatbesitz befindlichen Bauplätze läßt sich sehr gut mit einer geringeren Einkommensteuersatz auskommen.

gezogen? Doch übergenug. So wie des römischen Reichs erwählter Kaiser den ersten Mann vorstellt in der Christenheit, so sind seine Sorgen auch die größten, und darum bitte ich geziemend das liebliche Weiblein um einen Becher Wein, damit ich, auf ihre Gesundheit trinkend, Gram und böse Erinnerung vom Herzen schwemmen möge.

Eifrig gehorcht stand die Wildmeisterin auf, griff nach den Schlüsseln am Schenkeisch und eilte nach dem Keller, um dem vornehmen Gast den verlangten Labetrunk so frisch als möglich zu reichen. Der Kaiser legte das auf seinen Knien entschlummerte Mägdelein behutsam, wie eine sorgende Mutter, ins Ruhebettlein, und setzte sich wieder zutraulich zu dem Wildmeister, der, seinem Willen zuwider, ebenfalls sitzend verharrten mußte. — „Wilger,“ sprach Sigismund leiser: „Ich muß Euch bekennen, wie es nicht eitel Zufall ist, daß ich mich hierher begeben, obschon mir angenehm ist, wenn die Leute glauben, daß es auf einem unbestimmten Instribe, oder Euch zu Liebe allein geschehen sei. Eigentlich jedoch bin ich hier, um ein Amt zu verrichten, das nicht zu den Regalien gehört; das Marschallennamt nämlich. — Eine edle Frau, an deren Schicksal ich viel Theil nehme, wünscht einige Tage in strenger Abgeschlossenheit in diesem Hause zuzubringen, da ihr zu Costnig, wie sie befürchtet, eine nicht geringe Gefahr droht. Das schwache Weib zu schützen, ist jedes Mitters Pflicht; um wie viel mehr die Pflicht des Kaisers also, der ein Mitter ist über alle Mitter deutschen Volks. Ich habe der edeln Frau meine Obhut zugesagt in diesem Schlosse, das der Bischof vom Reich zu Lehen trägt, und vertraue sie Euren absonderlichen Schirm, so daß Ihr keinen Menschen in ihre Nähe laßt, der ihr Unheil bringen könnte.“

„Das Vertrauen meines kaiserlichen Herrn zu rechtfertigen, wird mein Bestreben sein,“ versicherte Wilger von der Rhön. — Heute noch wird das würdige Frauenbild hier eintreffen,“ fuhr der Kaiser fort: „Ich verbiete ausdrücklich, nach ihrem Namen und Stand zu forschen. Ich habe ohnehin das Mißgeschick, meine Huld gegen ehrenwerthe Frauen häufig verkannt zu sehen: ich will nicht ihren Namen der Verleumdung preisgeben. Es ist nichts Bärteres, als des Weibes Lenkung. Wie gesagt jedoch: Euerem Schirm vertraue ich die Freundin, und empfehle sie der

Judeß selbst bei 120 pCt. Einkommensteuer ergibt unsere Tabelle, daß erst die Einkommen von 50 000 Mark aufwärts stärker als bisher in Anspruch genommen werden.

In dem Mitleid mit diesen Millionären ist uns die „Freisinnige Zeitung“ allerdings über. Wir scheeren uns den Teufel darum, ob diese Herren 10 pCt. ihres Einkommens an Steuern zu zahlen haben. Auch die Sorge der „Freisinnigen Zeitung“ vor Auswanderung der Reichen theilen wir nicht. Der Kapitalismus räumt das Ausbeutungsfeld nicht so leicht, und wenn es sein muß, zahlt er lieber Steuern, als daß er darauf verzichtet, aus den Knochen der Arbeiter Mehrerwerb herauszuschinden. Eitel Plinkerei ist es, wenn die „Freisinnige Zeitung“ schließlich, um einen Trumpf anzuspülen, noch behauptet, bei Aufhebung der Miethsteuer müssen indirekte Steuern in Berlin eingeführt werden. Das ist nicht wahr. Das wäre nur der Fall, wenn die städtische Verwaltung sich gleich der „Freis. Ztg.“ in den Dienst der Großkapitalisten stellen und an dem Altar des Mammonismus Wache stehen würde.

Wer übrigens wie die „Freis. Ztg.“ sich die Miethsteuer als Steuerideal erliest, der hat wirklich kein Recht mehr, über indirekte Steuern zu zetern, denn schlimmere Wirkungen als die Miethsteuer sind bei keiner indirekten Steuer zu finden.

Es ist charakteristisch für den Liberalismus in Berlin, daß die „Freis. Ztg.“ als Vertreterin des linken Flügels des Freisinn eine Steuerpolitik pflegt, die dem Geldsack der Reichen Vorteile bringt und der übergroßen Majorität der Bürgerschaft schwere Nachteile zufügt. Ein Gutes aber haben die Darlegungen der „Freisinnigen Zeitung“ doch. Die Bürgerschaft Berlins weiß nun ungefähr, was sie von dem Freisinn bei der bevorstehenden Kommunalsteuer-Reform zu erwarten hat.

Die „Freisinnige Zeitung“ hat die Maske gelüftet und fordert in eckel manchesterlicher Vertretung der großkapitalistischen Interessen die Beibehaltung einer Steuer, die vom Volke gehaßt und von den meisten Nationalökonomern als ungerecht und schädlich verurtheilt ist.

Im Reichs- und Landtag verlangt die freisinnige Partei Beseitigung der indirekten Steuern und Fortfall der Bölle auf notwendige Lebensbedürfnisse. In der Gemeinde soll nach der „Freisinnigen Zeitung“ gerade diese Steuerform einen Haupttheil der städtischen Einnahmen bilden. Wie lange noch werden sich die Kommunalwähler Berlins an dem Narrenspiel der freisinnigen Partei herum führen, wie lange noch werden sie sich die Doppelzüngigkeit des Liberalismus gefallen lassen? —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Mai.

Achtung, der Miquel geht um! In der gestrigen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses beantwortete Herr Miquel eine bei seinem früheren Parteigenossen v. Epner bestellte Interpellation, er brachte dabei wieder die Biersteuer auf die Bildfläche. Darüber werden sich die Herren Rösche und Ringenossen kaum verwundern. Ihre frivole Kampfesweise, die plötzliche Einschränkung des Betriebes, die von ihnen leichtfertig heraufbeschworene kolossale Beschränkung des Konsums in Verbindung mit der gigantischen Höhe der Dividenden müssen es jedem Finanzminister nahe legen, die Besteuerung des Bieres jeder anderen indirekten Steuer vorzuziehen, besonders wenn, wie gerade der Boykott beweist, beim Bierkonsum am leichtesten die Steuer von den Konsumenten auf die Produzenten zurückgewälzt werden kann. Herrn Rösche wird kein Denkmal von der deutschen Bierindustrie gesetzt werden. Sein Feldzug gegen unschuldige Arbeiter kann zur schwersten Schädigung der ganzen deutschen Bran-Industrie führen. —

Die Abschreckungstheorie, deren Unsinnigkeit jetzt in Frankreich so wirkungsvoll vermittelst der Guillotine bewiesen wird, scheint sich in Deutschland für ihre französischen Mißerfolge entschädigen zu wollen. Die Vorkommnisse in dem Gummischlauch-Prozess, die gegen Simplowicz beantragten sechs und ein halb Jahre Gefängnis als Strafe für eine Vertheidigungsbreda, die exorbitanten Gefängnisstrafen, verhängt über den Verleger

des „Sozialist“ und über den Redakteur des „Sozialdemokrat“ wegen Abdruck einer den Militarismus betreffenden Notiz aus einer liberalen Zeitung aus dem Jahre 1848 — diese Vorkommnisse aus jüngster Zeit stehen offenbar in einem inneren Zusammenhang und lassen sich nicht anders deuten, als dahin, daß die Abschreckungstheorie in unsere Rechtspflege eingeführt werden soll. Oder glaubt man etwa das Ansehen der Justiz durch ein solches Handeln zu heben? Das wäre eine arge Täuschung. Und es ließe sich leicht nachweisen, daß die Justiz eines Volkes, die durch Strenge und Härte der Strafen sich in Respekt zu setzen sucht, am tiefsten im Ansehen steht, und daß überhaupt eine Justiz, die auf die Furcht ihr Ansehen gründet, sich jeden Anspruch auf Ansehen und Achtung begiebt. Soll aber der Zweck solcher rigoroser Praxis der sein, von „Verbrechen“ abzuschrecken, dann wären die, welche derartige im Auge haben, erst recht schlecht beraten. Sie werden bald finden, daß sie von vollkommen falschen Voraussetzungen ausgehen, — sie werden nur den Widerstand herausfordern, und die Abschreckungstheorie wird in der politischen Praxis ein ebenso jämmerliches Fiasko erleiden, wie sie in der gemeinen Kriminal-Rechtspflege es längst erlitten hat. Ein Zeichen der Zeit aber ist es jedenfalls, daß ein so barbarischer Blunder, den man längst in die Kumpellammer geworfen glaubte, und der höchstens in Zeiten des Bürgerkrieges und der Revolution, wenigstens höchster politischer Erregung, hervorgehoben wurde, jetzt, in einer Zeit des tiefsten politischen Friedens unter dem neuen Kurs, wieder zum Mißzeug der Justiz gemacht werden soll. —

Presse und Justiz. Die Verurtheilung des verantwortlichen Redakteurs des „Sozialdemokrat“, deren wir noch an anderer Stelle erwähnen, ist unter so eigenthümlichen Umständen erfolgt, daß wir nochmals auf dieselbe zurückkommen müssen. Zunächst sei zur Orientierung aus einer in eigener Sache betitelten Erklärung, welche unser Kollege, der Reichstags-Abgeordnete Max Schippel in der heutigen Nummer des „Sozialdemokrat“ veröffentlicht, Nachstehendes zum Abdruck gebracht:

Der verantwortliche Redakteur dieses Blattes, J. Schan. ist am Dienstag, 22. Mai, zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt worden und zwar wegen des Artikels in Nr. 10, Beilage: „Die Bourgeoise und das Militär im Jahre 1848“.

Der Artikel enthält (aus dem liberalen „Bremer Courier“ vom 4. und 11. Juni 1848) die Wiedergabe eines jener zahllosen grotesken bürgerlich-demokratischen Aufrufe, wie sie damals von den liberalen Vätern unserer heutigen konservativen Wärdenträger an die Wache- und Stellvertreter Soldaten gerichtet wurden, und wie sie jeder Leser aus den letzten Jahrgängen der liberalen Presse — nennen wir z. B. die Sonntagbeilage der „Vossischen Zeitung“ — und aus jeder „Revolutionsschronik“ oder sonst welcher Darstellung der 1848er Geschichte unseres Bürgerthums kennt.

Und weiter. Der Abdruck wird mit den Worten eingeleitet:

Was heute die Herren von der Regierung und den Kartellpartien beständig der Sozialdemokratie vorwerfen, das haben die bürgerlichen Demokraten — und damals war das ganze intelligente Bürgerthum demokratisch — in den 40er Jahren eifrig selber gethan. In zahllosen Zeitungsartikeln wurde dieses Thema berührt, eine Sprache geführt, wie sie energischer kaum gedacht werden konnte. Der Artikel giebt sich also ausdrücklich als eine Antwort henchlerischer Angriffe von anderer Seite. Und endlich, er vermahnt sich zum Schluß in der deutlichen Weise gegen die Billigung der Anschläge des Anruses, obwohl eine solche Verwahrung ganz überflüssig ist für einen Jeden, der auch nur eine Ahnung von der Entwicklung des Militärwesens und der Sozialdemokratie hat. Diese Verwahrung lautet:

So das Organ des aufstrebenden Bürgerthums in Bremen, also in einer der gebildetsten Städte des damaligen Deutschlands.

Wenn wir heute eine solche Sprache nicht führen und gar nicht führen wollen, so spiegelt sich darin einmal zweifellos die vollständig veränderte Entwicklung wieder, welche die Armee nach der (wenn auch nur bruchstückweisen) Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ganz von selber genommen hat und immer mehr nehmen wird — andererseits aber auch die viel höhere politische Bildung, mit welcher das Proletariat heute seine Freiungskämpfe führt. Ueber das Toben gegen Personen und über die ganz äußerliche

Dienstfertigkeit Eurer Chevirthin, da sie, wie ich vermüthe, ihre Leute zu Costnig lassen wird, bis die böse Konjunktur vorüber.“ — „Es soll geschehen, wie kaiserliche Majestät befehlt,“ erwiderte Bilger unterwürfig, und der Kaiser wurde durch solche Bereitwilligkeit dergestalt in gute Laune versetzt, daß er den Becher, den ihm Frau Katharine kredenzt, in einem Zuge auf das Wohlsein des Hauses von der Rhön leerte. — „Lau!“ lächelte der Wildmeister: „es ist hohe Zeit. Ich bin der einzige und letzte meines Stammes, seit mein Vater vor einem Jahre zur Grube fuhr, und wir wird das Wappenschild nachgeworfen, wenn meine gute Hansfrau mich nicht mit einem Sohne erseht.“ — „Tröstet Euch mit Kaisern und Königen, denen es dann und wann um nichts besser geht,“ versetzte Sigismund: „und freut Euch, in dem Alter zu sein, das eine Hoffnung noch zuläßt. Nun aber, lieber Wirth, laßt uns zu Tisch steigen, um Euren holden Gäste entgegen zu reiten. Er kann nicht mehr lange fäumen.“ — Der Kaiser umarmte zum Abschiede Frau Katharine auf das Zärtlichste, drückte einen Kuß auf ihre Stirn und Wange, ließ die goldene Kette von seinem Hals auf das Bettlein des schlummernden Kindes gleiten, und schied. Der Wildmeister ritt zu seiner Kutsche, und sie waren noch nicht weit vor das Städtlein hinausgekommen, als schon in der Ferne eine Sänfte sichtbar wurde, von einigen Reifigen geleitet. Der Anführer derselben — ein hantgekleideter Rittersmann, stolzierte selbstgenügsam voran. „In dem Wiedehopfe erkenne ich meinen Mann!“ sprach der Kaiser lächelnd zu seinem Begleiter, und winkte den Schiedigen heran, der auch dienstfertig herzuwrenkte, während die Sänfte zögernd folgte. Drei Schritte von dem Kaiser entfernt, warf sich der Reiter vom Sänfte, und nahm dem Fürsten mit allen Zeichen betroffener Ehrfurcht. „Sieh da, mein Herr von Rhön!“ redete ihn Sigismund, sich verwundert stellend, an: „Unverhofft kommt oft. Bei des heil. Stephans Krone! Wie kommt es, daß Ihr Euch aus der warmen Stube in den Frost wagt? Wer ist die Schönheit, die Ihr in jener festverhüllten Sänfte zu geleiten scheint?“ — „Meine Braut, gnädigster Herr,“ versicherte der Beck wohlgefällig: „sie hat den Wunsch geäußert, einige Tage in dem Hause des Wildmeisters zu verweilen, dessen Gattin ihr sehr nah be-

freundet ist, und ich hielt's für meine Pflicht, ihr unterwegs meinen Arm zum Schutz zu leihen.“ — Ein kräftiger Schirm allerdings,“ versetzte Sigismund mit leisem Spott: „um so unangenehmer wird es mir, Euch in der Erfüllung sähler Pflicht zu hemmen. Ich bedarf Eurer; noch in dieser Nacht sende ich Euch von hinnen in einem wichtigen Auftrage, den ich nur Eurer Klugheit anvertrauen darf. Säunt also nicht, sogleich in meinem Gefolge gen Costnig anzukommen.“ — Der edle Herr stand verblüfft neben seinem Pferde, und wußte nur mit einem Bückling, und einer verlegenen Hinweisung nach der Sänfte zu antworten. — Die Wohlthat Eurer Zukünftigen sei Eure geringste Sorge,“ versicherte ihm der Kaiser: „der Zufall will, daß der Wildmeister sich gerade hier befindet. Er wird für die Sicherheit der Freundin seines Hauses stehen. Nicht wahr, mein wackerer Herr von der Rhön?“ — „Wie für mein eigen Haupt,“ entgegnete Bilger, der aus Unterwürfigkeit in eine Sache einging, deren Zusammenhang er nicht begriff. — Die Wohlthat verharre indessen noch immer in Unschlüssigkeit. Die Sänfte kam immer näher. „Nun denn aber auch, beim Erlöser! steigt doch auf!“ rief der Kaiser dem Handkudenden heftig zu, „des Königs Wille geht vor der Minne. Ihr wißt, wie ich Euch begünstige; seid indessen auch meiner Gnade werth. Freich zu Gange! Da die Nacht mir nicht erlaubt, die Dame Eurer Wahl auf offener Heerstraße, in der Dämmerung des Abends, zu begrüßen, so folgt mir unverzüglich. Der Wildmeister wird die seinem Schutz Besohlene begrüßen, und Euch, wegen Eures schnellen Abschieds, mit meinem Gebote entschuldigen.“ — Der Königsecker neigte sich verlegen, und stieg langsam in die Bügel. „Seht doch den faulen Knecht!“ sprach Sigismund, seinen langen Bart streichelnd: „Ich hätte Euch mir nicht so saunselig gebefehlet, ließ, in meinen Geschäften nach Frankfurt zu reiten. Raum nahm er sich die Zeit, noch eine Messe zu hören, und fort war er, wie ein Irrelicht. Dennoch ist er dem Tyroler zugehan, mehr, denn Ihr es mir zu sein scheint.“ — Diese Reue belebte auf einmal den zwischen Pflicht, Minne und Eiferjucht Schwankenden. „Gott erhalte Euch, kaiserlicher Herr!“ rief er hochaufathmend: „so der Montfort von Costnig gewichen, will ich ja gerne für Euch

Kassation der Bedeutung der Staatsformen sind wir glücklich hinaus, wenn wir ihre Rolle auch nicht unterschätzen; und unsere Agitation bewegt sich darum auch auf einem viel höheren Niveau wie das damals übliche Geschimpfe gegen „Fürsten und Pfaffen und ihre Schergen“.

Deutlicher wird man kaum sein können. Das Urtheil des Gerichtes liegt uns in seiner Begründung roch nicht vor, wir lassen es daher heute noch außer Betracht. Wenn es aber in einer Berliner Lokalcorrespondenz heißt: Der Gerichtshof hielt den Angeklagten für schuldig. Der von ihm angehängte Zusatz könne ihn nicht entlasten. Es gehe daraus hervor, daß er derselben Ansicht huldige, wie der Verfasser des abgedruckten Artikels.

— so halte ich mich als Mitglied der Redaktion wie der sozialdemokratischen Partei für verpflichtet zu erklären: daß nur politische Verblendung oder Unwahrscheinlichkeit bei einiger Kenntnis der Sozialdemokratie den Zusatz für nicht ernst gemeint hinstellen kann.

Schippel hat vollkommen Recht. Die Richter haben vermuthlich angenommen, die abweichende Meinung sei von dem „Sozialdemokrat“ nur zum Schein ausgesprochen worden, um sonst präfigelich Strafbares straflos abdrücken zu können — ein Verfahren, für das sich allerdings mancherlei Beispiele anführen lassen. Allein in diesem Fall trifft die Annahme durchaus nicht zu. Die Stellung unserer Partei zu dem Militarismus ist in Wirklichkeit — wie die Redaktion des „Sozialdemokrat“ es ausdrückt — eine ganz andere, als die der bürgerlichen Demokratie von 1848 es war; und damit fällt das Moment fort, welches allein eine Verurtheilung hätte rechtfertigen können: nämlich die thatsächliche Uebereinstimmung bei erheblicher Missbilligung. Die Uebereinstimmung ist nicht nur nicht vorhanden, sondern es besteht positiv der denkbar schärfste prinzipielle Gegensatz. Die Verurtheilung Sachau's ist also unzweifelhaft richtig und erfolgt, und da es nöthig ist, derartigen Tendenzen schon in den Anfängen entgegenzutreten, so können wir es nur billigen, daß der Verfasser des strafbar besundenen Artikels, falls die Revision erfolglos bleibt, sich dem Gericht nennen und dadurch eine Art Wiederaufnahme des Verfahrens erzwingen will.

Der Bundesrath hat in der am 23. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung die Vorlage vom 10. März d. J., betreffend die Vollabfertigung harter Kammgarne, die Zustimmung erteilt. Außerdem wurde über eine größere Zahl von Eingaben Beschluß gefaßt.

Der braunschweigische Landtag hat sich bis zum Januar 1895 vertagt.

Auf Lebensdauer werden in Württemberg die Bürgermeister ernannt. Dieses System hat schon zu den größten Unzulänglichkeiten geführt. Die Unmöglichkeit, die Unabsehbarkeit der Bürgermeister aufrecht zu erhalten, ist nun aufs gründlichste, in einer das Ansehen der württembergischen Verwaltung aufs schwerste schädigenden Disziplinerverhandlung gegen den Bürgermeister Hegelmaier von Heilbronn erwiesen worden. Willkürlichkeit im Dienste, Streit und Beschwerdesucht, Unbilligkeit, unerbittliches Verhältnis zu den bürgerlichen Kollegen wurde dem Bürgermeister nachgewiesen. Aber all dies genügt dem Disziplinarrath nicht zur Amtsenthebung, er wurde — man höre und staune — zu 100 M. (hundert Mark) Geldstrafe verurtheilt. Der würdige Mann trat heute sein Amt wieder an. Hoffentlich macht man die Bürgermeister-Stellen in Württemberg nicht auch noch erblich.

Der Heilige Rode von Trier hat sich durch seinen französischen Konkurrenten in Argenteuil noch nicht herauslösen lassen. Tazur ist die berühmte Cäternacher Springprozeßion mit großem Erfolg von statten gegangen. Sechshunderttausend und neunhundert Personen beider Geschlechter haben unter Führung von Geistlichen die vorgeschriebenen Sprung- und Tanzübungen — drei Schritte vorwärts, zwei zurück — mit Virtuosität ausgeführt. Wie viele sich in den Himmel oder in die Hölle getanz haben, verräth die Statistik nicht.

Die Höhe der Unverschämtheit. Das christliche Stöder „Volk“ behauptet heute, daß die Agrarier sich über eine gute Ernte nicht ärgern, und nicht froh gewesen

reiten, denn nun weiß ich meine Lieb' vor seinen Drohungen sicher. Doch ein Wort des Abschieds mögt Ihr mir wohl gönnen, Herr König! — Sigmund winkte ihm kurz, aber billigend, und, nachdem er dem Wildmeister den Befehl zugestimmt, seiner Seele, — ihn, den Kaiser angenommen — Zutritt zu der Fremden zu gestatten, zog er mit seinen Stallmeistern seines Weges, ohne auch nur den Kopf nach der Sänfte zu drehen, die indessen in des Wildmeisters und Königsecks Nähe anlangte. Der letztere öffnete gierlich und geschmeidig die Vorhänge, hinter welchen eine dichtverschleierte Frau saß, — sprach mit glatten Worten von des Kaisers Willen, seinem Gehorsam und dem Schmerz, den er empfinde, sie nicht gänzlich an Ort und Stelle geleiten zu können. Zugleich stellte er ihr den Herrn von der Rhön vor, als ihren weiteren Schirm und Beschützer. So lebt denn wohl, und nehmt meinen Dank, Herr von Königseck! — erwiderte eine gleichgiltige Stimme, die dem Wildmeister bekannt und drohend in die Ohren klang: Ich bin mit meinem neuen Geleitsmann völlig zufrieden, seht sie hinzu und aus dem geschäftigen Schleierte blickte ein Antlitz, das Bilgers Herz mit starrem Entsetzen erfüllte. Er schwante auf seinem Rosse, da er in Wallradens Füße schaute. Das Fräulein grüßte ihn und umfing, reichte dem scheidenden Bräutigam die Hand und verschloß wieder sorgfältig die Vorhänge ihres Tragesessels, da Königseck von dannen sprengte, und der Zug sich gen Wörzburg weiter bewegte. Bilger war zu Stein geworden, während im innersten Busen sein Herz tobte und hämmerte, wie das eines flüchtigen Verbrechers. Erschüttert ritt er der Sänfte nach, und blickte vergebens zum Himmel nach Trost und Fassung auf. Sein Gesicht lag schwer auf ihm, und schwarz war ihm wieder plötzlich die Zukunft geworden, dunkel wie die Nacht und der Nebelschleier des Firmaments, der nur so viel Mondstrahl durchließ, als nöthig war, um die fürchterliche Pracht der kämpfenden Volkengebirge bewundern zu können. Das ist kein gut Zusammenreffen! — seufzte er vor sich hin: Was soll daraus werden? O ich Unglücklicher! Ich selbst muß das Unheil in mein Haus führen... mein eigenes Verderben an der Flamme meines Herdes niederzusen lassen! Wehe mir! — (Fortsetzung folgt.)

wären, wenn die drei Eiseiligen die Kornernte gezehret hätten! Man sieht: Stöder's, des Wahrhaftigen, Geist ist noch lebendig.

Dieser hängen! Anlässlich des internationalen Bergarbeiter-Kongresses schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“ unter der Ueberschrift: „Praktische Arbeit und Phrase“:

Der „Vorwärts“, also in diesem Falle der sozialdemokratische Parteivorstand, beklagt seine Leser in unerhörter Weise, wenn er den internationalen Bergarbeiter-Kongress in den höchsten Tönen feiert. Der „Vorwärts“ behauptet, die Verhandlungen seien „glatt verlaufen“ und die Tagesordnung sei bis auf Untergeordnetes erschöpft worden. Die Leitung der Verhandlungen und die Haltung der Delegirten seien „geradezu musterhaft“ gewesen. Der „Vorwärts“ erklärt, „allen Grund zur Zufriedenheit“ zu haben. Der Bund der Bergarbeiter aller Länder sei „mit stählernen Reisen zusammengefügt“, die fremden und die deutschen Delegirten hätten einander und sich selbst „als Brüder erkannt“. Von All dem, was der „Vorwärts“ hier zusammenfügt, ist das gerade Gegenheil richtig. Die Verhandlungen sind nicht glatt, sondern unter dem häßlichsten Gezänk verlaufen; nur nothdürftig wurde eine völliige Sprengung des Kongresses verhindert; die Tagesordnung ist keineswegs „bis auf Untergeordnetes“ erschöpft worden, und wenn die sozialdemokratischen Führer mit den Arbeitern des Kongresses „zufrieden“ sein wollen, so sind sie mehr wie bescheiden.

So gut wie Alles, was der Kongress beschlossen hat, widerspricht den Anträgen der deutschen und der mit ihnen verbündeten französisch-belgischen Delegirten. Die Engländer, manchmal unter sich gespalten, in der Hauptsache aber stets einig, haben dem Kongress den Stempel einer nachtem-soliden Alltagsarbeit aufgedrückt, die Phrasen der reinen Sozialdemokratie links liegen lassen und wenigstens eine Reihe von Beschlüssen herbeigeführt, mit denen man sich vom bürgerlichen Standpunkte aus abfinden kann, wenn die Umstände die praktische Durchführung dieser Beschlüsse rechtfertigen oder gestatten sollten. Was aber das Wesentlichste ist und bleibt: den deutschen Sozialdemokraten ist es in keiner Weise gelungen, den Kongress zu einer ausgesprochen sozialdemokratischen Veranstaltung zu verfallen, und nicht einmal im Sinne der deutschen Gewerkschaftsbewegung läßt sich der Kongress verwerthen. Starker noch als vorher hat sich herausgestellt, daß unsere Gewerkschaften keine Spur von Selbständigkeit gegenüber der sozialdemokratischen Parteileitung beanspruchen können. Sie sind einfache Filialen der Partei, nichts als eine andere Form für den politischen Kampf, statt unpolitische Organe für die Durchsetzung rein wirtschaftlicher Forderungen zu sein. Wenn unsere Sozialdemokraten behaupten, daß sich Parteipolitik und Wirtschaftskampf überhaupt nicht trennen lassen, und wenn ihnen das auch außerhalb ihrer eigenen Reihen so häufig geglaubt wird, so erscheint es doppelt nützlich, daß die Engländer durch ihr Beispiel gezeigt haben, wie weit die radikal-politische Phrase und die sorgfältige, gerechte, ruhig vorwärts schreitende Thätigkeit organisirter Interessensverbände auseinanderliegen.

Wir haben vorstehende Auslassungen, die allem Anscheine nach der Feder des bekannten hordenden Langohrs entfloßen sind, deshalb an den Pranger gestellt, weil sie, mehr oder weniger variiert, durch die ganze deutsche Bourgeoispreß gehen, und deren Geistesverfassung belunden.

Der „Vorwärts“ soll die Parteigenossen über den Kongress „belogen“ haben. Die „Beläger“ sind anderswo zu suchen. Der „Vorwärts“ hat von allen deutschen Zeitungen die ausführlichsten und eingehendsten Berichte über die Verhandlungen des Kongresses gebracht, so daß seine Leser aus Genauigkeit über alle Vorgänge und „Frittionen“ unterrichtet sind, während die Bourgeoispreß fast durchgängig nur verkümmerte Berichte gebracht, und ihr Publikum systematisch „belogen“ hat, um den Ausdruck der „Neuesten Nachrichten“ zu gebrauchen. Wir haben nichts todgeschwiegen, wohl aber die tendenziösen Lügen der kapitalistischen Preß gebührend abgethan. Und daß wir den Lügenpetern die Wahrheit gesagt, das ist es, was den Horn der Lügenpetere erregt hat — ein sehr natürlicher Horn, was wir gerne zugeben. Mit den zwei faustdicken Lügen, daß die sozialdemokratische Partei den Bergarbeiter-Kongress „zu einer ausgesprochen sozialdemokratischen Parteiveranstaltung habe verfälscht“ wollen, und daß die englischen Delegirten sich mit den kontinentalen in feindlichem Gegensatz und Zwiespalt befunden hätten, beschäftigen wir uns nicht, sie sind durch die Thatsachen selbst und durch die Erklärungen der Engländer für jeden, der nicht ein berufs- und geschäftsmäßiger Lügenpetere ist, aufs Gründlichste widerlegt. Zur Kennzeichnung der kapitalistischen Lügenart wollen wir bloß hervorheben, daß die englischen Gewerkschaftler, namentlich die Grubenarbeiter, von der Kapitalistenpreß ihrer Heimath ebenso heftig angegriffen und verleumdet werden, wie die deutschen von der deutschen Kapitalistenpreß; und daß die nämlichen deutschen Kapitalistenblätter — darunter z. B. auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Hauptorgan unserer Grubenbarone, — die jetzt im Gegensatz zu den deutschen Grubenarbeitern die englischen wegen ihrer Mäßigung als Musterknaben hinstellen, die deutschen Arbeiter in Acht und Bann thun und ihnen die Polizei auf den Hals setzen, wenn sie so „gemäßigt“ wie die englischen Kohlenarbeiter sein, d. h. sich gewerkschaftlich organisiren und von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen. Pui dieser Heuchelei!

Unsere deutschen Bergleute haben wir eine frohe Botschaft zu verüben.

In den Organen unserer Grubenbesitzer wird den englischen Bergleuten das Zeugnis ausgestellt, sie hätten sich auf dem internationalen Bergarbeiter-Kongress in Berlin ganz musterhaft benommen, und gezeigt, daß sie durch ihre gesunde Gewerkschafts-Organisation der sozialdemokratischen Verführung entriekt worden seien.

Den letzteren Punkt wollen wir bei Seite lassen; als eine überaus heilsame Wirkung des Kongresses müssen wir es auf jeden Fall begrüßen, daß unsere Kohlenbarone sich von der Mäßigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter überzeugt haben. Die Erkenntnis kommt zwar etwas spät, aber „besser spät als niemals“, sagt das Sprichwort.

Und da unsere Grubenbesitzer doch keine heuchlerischen Komödianten sind, die bloß zum Alt reden, und den Leuten ein K für ein U vormachen wollen, so werden sie ihre neu gewonnene Erkenntnis natürlich in Thaten umsetzen, und „ihren“ Arbeitern, statt ihnen alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen, die Gründung von Gewerkschaften, wie die englischen es sind, nicht länger verbieten, im Gegentheil ihnen dabei behilflich sein. Sind die deutschen Bergarbeiter-Gewerkschaften dann wirklich

so stark wie die englischen geworden, und im Stande, solche gewaltigen Kämpfe siegreich zu bestehen, wie die englischen, dann muß unseren Kohlenbaronen das Herz im Weibe lachen, und wir, wir werden mit dem internationalen Bergarbeiter-Kongress noch viel zufriedener sein, als jetzt. So wäre uns beiden geholfen, in echter „Harmonie der Interessen“.

Bourbaix der Zweite reißt lustig in der Welt herum, ist hier, ist da, wie Figaro, wird überall erkannt — nur die Polizei kennt ihn nicht, findet ihn nicht. Er trägt jedenfalls eine Tarnkappe, die aber bloß für Polizeiaugen unsichtbar macht.

Dupuy, der Sozialistenböber, kam am 27. November vorigen Jahres zu Fall. Sein Nachfolger wurde am 3. Dezember Casimir Perier, der Sozialistenböber, den der Bailant'sche Kochtopf in das Ministerium hineinschoß. Am 22. Mai dieses Jahres — vorgestern — kam Casimir Perier zu Fall, und wer soll nun Minister werden? Da ist guter Rath theuer. Der Republikaner Bourgeois, der noch einen Auf zu verlieren hat, will nicht auf den gefährlichen Posten. Niemand will — wenigstens kein anständiger Mensch. Und so hat denn Carnot in seiner Verlegenheit sich an Dupuy gewandt. Herr Dupuy ist auch kapabel, anzunehmen. Aber wie lange würde er bleiben? Jedenfalls haben die französischen Selbstsüde keinen besseren und so wird Herr Dupuy wohl Minister werden — ein tochter Mann an Stelle des anderen. Fällt dann Dupuy wieder, so mag Casimir Perier wieder kommen. Und so weiter, bis die Todten die Todten begraben haben, und dem verreckten Hegenabbath durch den Sieg des Sozialismus ein Ende gemacht wird.

Die Sozialdemokraten in Norwegen und das allgemeine Stimmrecht. Bei den großen Festlichkeiten in Christiania am 17. Mai, dem Gedentage der norwegischen Selbständigkeit, beherrschten sich auch die Sozialdemokraten an dem Festtage durch die Haupttribüne der Stadt. Morgens um 6 Uhr versammelten sich die Sozialisten auf dem Fringsmarkt und zogen von dort mit „reinen“ (ohne das schwedische Unionszeichen) und rothen Fahnen in einer Stärke von etwa 8000 Mann zum Storthingsgebäude, wo eine Deputation eine Adresse überreichte, die von dem Storthingspräsidenten Ulmann angenommen wurde. Von dort marschirte der Zug nach dem Rindmarkt, wo Advokat Wiener unter stürmischem Beifall für Stimmrecht und Stimmfreiheit sprach. Wenn diese Forderung der Arbeiter nicht erfüllt würde, sollte man die Linke bei den Wahlen nicht mehr unterstützen. Dann sprach Genosse Jervessen für den Sozialismus, der allein dem wachsenden Kapitalismus entgegenzutreten und seine verheerenden Folgen zu beseitigen vermöchte. Nach Abfindung der Arbeiter-Marschallie zog man dann zur Klosterwiefe, wo ein Fest mit Reden, Musik und Tanz gefeiert wurde.

Die Adresse, welche dem Storthing überbracht war, wurde aber auf Antrag des Präsidenten einfach ad acta gelegt, weil sie zu „unverschämmt“ abgefaßt und es des Storthings nicht würdig sei, sich durch Drohungen schrecken zu lassen. Diese „Unverschämtheit“ der Arbeiterpartei befand darin, daß sie sich nicht länger nachführen lassen will, und verlangt, daß ihre Forderung endlich erfüllt werde. Die Worte, welche die liberalen Storthingsherren besonders verlegt haben sollen, lauten: „das Stimmrecht noch achtzig Jahre nach Entziehung der Verfassung nicht ein allgemeines ist, muß als ein Hohn auf die Arbeiterklasse betrachtet werden, die doch faktisch der Träger der Gesellschaft ist. Und wenn dieses Verhältnis nicht bald verbessert wird, wird es leicht dahin führen können, daß die Arbeiter ihre Macht anwenden, um sich Recht zu verschaffen. Es muß nicht als Unmöglichkeit betrachtet werden, daß norwegische Arbeiter in Anwendung bringen könnten, was die belgischen Arbeiter unter ähnlichen Verhältnissen in Aussicht stellen, nämlich den Generalfreist über das ganze Land. Aber wenn die Arbeiter zur Anwendung eines solchen Machtmittels gezwungen werden sollten, würde dies nicht zu gunsten des so oft behaupteten Freistimm sprechen, von dem der norwegische Storthing besessen sein soll.“ Außerdem wird in der Adresse die Annahme des schon im vorigen Jahr von der Arbeiterpartei an den Storthing gestellten Antrages einer strengen Bestrafung derjenigen verlangt, welche den Arbeitern Hindernisse in den Weg legen für die Ausübung der Vereinsversammlungs-Recht- und Wahlrecht.

Die Arbeiter sollen bei dem liberalen Storthing natürlich nur immer höflich bitten, bis es den Herren vielleicht einmal beliebt wird, gnädigt den Arbeitern auch ein kleines Rechtchen einzuräumen; die Behauptung eines konservativen Redners, das „Volk“ habe sich bei den letzten Wahlen gegen das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen, da es einen solchen Storthing wählte, ist geradezu komisch, wenn man weiß, daß das „Volk“ ja gar nicht mitgewählt hat.

Nicht vier, sondern sechs „Anarchisten“ wurden in Barcelona mit Pulver und Blei hingerichtet. Der spanische Staat ist sonach noch viel kräftiger gerettet, als wir auf grund des ersten unrichtigen Telegramms vermuthet hatten. Jeden Tag ein paar „Anarchisten“ erschossen oder geköpft, und es kann der „Alexchristlichsten Majestät“ des siebenjährigen Gottesgnadenkönigs von Spanien nicht fehlen, vorangestellt daß er die Mafeln, Stropheln und andere unpolitische Kinderkrankheiten übersteht.

In Serbien werden alle Gegner der Regierung verhaftet, deren sie habhaft werden kann. Geheimne Patronenfabriken sind entdekt worden. Das Wetterglas steht auf Sturm.

Nihilistisches. Ueber die neu entdeckte Verschwörung in Rußland erzählt, wie ein Herold-Telegramm mittheilt, die „Kölnische Zeitung“, daß es sich um eine Verschwörung erster Art handle, bei der die Absicht vorgelegen, einen Mordanschlag gegen den Zaren im Hochsommer auszuführen. Die Verschwörer wollten das Hauptquartier des Zaren während der Kaisermanöver in die Luft sprengen und hatten bereits mit Vorarbeiten zu Minengängen zum Schloß und zur Kirche jenes Dorfes begonnen. Zahlreiche Beamte der Witebsk-Dreil-Bahn sind verhaftet, darunter viele Ingenieure und ein Neffe Beobedonofschew's, des Generalprokurators des heiligen dirigirenden Synod. Die Verhafteten sind nach Petersburg übergeführt worden.

Das diplomatische Zerwürfniß zwischen Brasilien und Portugal ist beigelegt. Die portugiesische Regierung hat ihre Flottenoffiziere gerufen — wenigstens vor der Öffentlichkeit — und die brasilianische Regierung hat sich mit den dargebrachten Entschuldigungen zufrieden gegeben.

Auf den Samoa-Inseln ist heller Bürgerkrieg entbrannt. Das dreifache Protektorat — der letzte diplomatische Triumph der Dynastie Bismarck — hat die schönste Anarchie von der Welt groß gezogen. Und die einzige ernsthafte Frage ist jetzt die, wie man das Protektorat los werden kann, ohne daß die Protektoren einander in die Haare geraten.

Für den Inhalt der Anzeigen über
nimmt die Redaktion dem Publikum
gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 25. Mai.
Spernhaus. Der Ring des Nibelungen.
Schauspielhaus. Der Jugendwächter.
Die Diensthöfen.
Deutsches Theater. Don Carlos.
Berliner Theater. Faust.
Lesing - Theater. Madame Sans Gêne.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Der lustige Krieg.
Kesdeny - Theater. Der selige
Loupinel.
Central-Theater. Der Traum des
Aktionärs.
Adolph Ernst-Theater. Charley's
Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Alexanderplatz - Theater. Demi-
monde.
National - Theater. Die Königs-
tochter als Bettlerin. Im Garten:
Vom Viehhof bis zu den Menschen-
freßern.
Theater Unter den Linden. Der
Obersteiger. Farfallelo.
Apollo - Theater. Die verkehrte
Welt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.
Parodie - Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.

Neue Freie Volksbühne.
Im Ballnertheater, 2 1/2 Uhr.
Die Dummen.
Von Guinon und Denier.
Sonntag, den 27. Mai, 11. und
11. Ubiheilung. 80/3

National-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Gastspiel des Herrn Karl Wesselsky
vom Stadt-Theater in Hamburg.
Die Königstochter als Bettlerin
oder:
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten v. Dr. G. Raupach.
Regie: Max Saml.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. Anfang der
Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten: **Großes Konzert.**
Auf der Sommerbühne Aufführung von
„Vom Viehhof bis zu den Menschen-
freßern“, Große Posse mit Gesang und
Tanz. Vor, zwischen und nach der Posse
Auftreten von Spezialitäten 1. Ranges.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr.
Sonnabend: Volks-Vorstellung **Faust.**
In Vorbereitung: **Italien in Berlin.**
Große Posse.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Gastspiel **Emil Thomas.**
Freitag, den 25. Mai 1894:
Der Traum des Aktionärs.
Dramatisches Quodlibet in drei Akten
(5 Bildern).
Doktor Pechke, Schladerer, Strigow,
Gener, Caspard,
Rentier Blafel. Emil Thomas.
Morgen und folgende Tage: **Der
Traum des Aktionärs.**

Passage-Panopticum
500 Sehenswürdigkeiten
von 9 Uhr früh bis
10 Uhr Abends u. a.:
Blau Grotto, historische
Dioramen, Illusionen etc.
Im Theatersaal v. 6 Uhr ab:
Spezialitäten - Vorstellung
Ganz neues Programm!
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Victoria-Brauerei,
Lühovstraße 111-112.
Garten resp. Saal.
Täglich
(mit Ausnahme Sonnabends):
**Stettiner
Sänger**
Herren:
Meysel,
Häkel,
Pietro,
Britton,
Eberius,
Steidl,
Blieschen
und Blank.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billets im Vorverkauf à 40 Pf. und
Familien-Billets à 1 M. für 3 Personen
giltig. (Siehe Plakate.)
Neu! Neu! Neu!
Britton als Charley's Tante.
Det is ja jade wat Scheenes.
Sitt Steidl.

Adolph Ernst-Theater.
Heute:
Charley's Tante.
Schwan in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt
von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Castan's
Panoptikum.**
Neu:
Das Mene Tekel.
Sonderb. u. geheimnissv. spiritistische
Produktion.
Neu:
Der 13jährige Riese.

**Noack's
Sommer-Theater.**
Brunnenstrasse 16.
Täglich:
**Großes Konzert,
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung.**
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vor-
stellung 7 Uhr.
Die Kasseküche ist geöffnet.

Weißbier.
1. Champagner-Bier 36 Fl. à 1/2 Str. 3 M.
2. Tafel-Bier I 40 Fl. à 1/2 Str. 3 M.
3. Tafel-Bier II 50 Fl. à 1/2 Str. 3 M.
aus der Berliner Weissbier-Brauerei
vorm. F. W. Hilsbein. 2181.*
Flaschenbier-Kellerei
63 Andreas-Strasse 63.
Telephon Amt VII Nr. 5365.
Brauer & Grützmann.

M. W. Walter
Zenghofsstraße Nr. 3.
Offertre Ring freies Rathenower
Export-Tafelbier, Drossener Hofbrau-
haus, Münchener Brauhaus, hell und
dunkel, frei Haus, 32 Flaschen 3 Mark.
Butter nur Natur 216L.*
à Pfund 1 Mark bis 1 Mark 20 Pf.
Frische Eier von 45 Pf. an. Mehl,
2 Pfd. 25 Pf. Pflaumen 2 Pfd. 35 Pf.
Brennspiritus Liter 25 Pf.
Sämtliche Kolonialwaaren billigst.

Weißbier!
Für Fabriken und Werkstätten
sowie für Wiederverkäufer liefere
ich mein Versand-Weißbier in
unübertrefflicher Güte zum Preise von
3 Mk. für 40 halbe oder 45 1/10 oder
25 1/10 oder 20 ganze Flaschen, frei
in's Haus, in Flaschen mit Patent-
verschluss, ohne Pfandrechnung.
Fernsprecher Amt Schöneberg No. 92.
A. Seidler,
Schöneberg, 2141.*
Ferdinandstraße Nr. 73-75 und 82.
Berliner Weissbier-Brauerei.

Achtung Restaurateure!
Brauerei Müggelschloßchen.
Keine Ring-Brauerei.
Mit heutigem Tage übernehme ich
den Betrieb des vorzüglichen Versand-
Bieres zu Tagespreisen à 21 M. inkl.
Telephon Amt IV No. 916.
Carl Trittelvitz,
213L* Faldensteinstr. 7.

ff. Weissbier,
Kulmbacher, Pilsener,
Rathenower hell und dunkel,
empfiehlt seinen werthen Kunden
Martin Berndt,
Oranien- und Alexandrinenstr.-Ecke.
Grosser Mittagstisch
50 Pf. mit Bier 50 Pf.
G. Helfer, Weißbier-Lokal,
874b Endauerstr. 2.

Rein **Ponykoff-Bier!!**
Prezianer Altes 224, Gede
Treschowstr. Vereinsg. u. v.
Zur Gieschelle! 9255
Ausranch Nordstern.
4 Zehntel 10 Pf., Neue Grünstr. 21.
!!! 1000 Damen !!!
Staub- u. Regenmäntel v. 4-20 M.,
Sammet-, Seiden- und Spitzen-Kragen
2-15 M., Jaquets m. Seidenfutter
4-10 M., Roster- und Partiewaaren
Handlung, **Fandbergerstr. 48, L.**

Arbeiter Berlins!
Kauft keine
**Tack'schen
Schuhwaaren!**

Achtung!
Kupferschmiede!
Sonntag, den 27. Mai, Vormittags
10 Uhr, bei Feindt, Weinstr. 11,
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Delegierten der Ge-
werkschaftskommission.
2. Beschlusfassung in betreff des Dis-
positionsfonds.
3. Stellungnahme zum Vierboylott.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
195/3 Der Einberufer.

Schmöckwitz!
Gasthaus „Zur Palme“.
Allen Vereinen und Fabriken zur
Nachricht, daß Sonnabende und Son-
nstage noch frei sind. Um gütigen Be-
such bittet
G. Kurrad.
Charlottenburg!
Arbeiter-Gefangenen (Pl. d. N. S.-
B.) sucht sofort einen tüchtigen
Dirigenten.
Persönliche Meldungen erbeten bei
J. Schmitz, Ballstr. 14, S. pl., v.
6-8 Uhr Nachm. 937b

Schön fettes, unter behördlicher Auf-
sicht gelochtes Rindfleisch von gering
Inhaltsstoffen Thieren wird täglich von
7 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends per
Pfund mit 25 Pf. auf dem städtischen
Central-Viehhof, Eingang Theaterstraße,
verkauft. 930b
Die Verwaltung.
gez. Talle.

!Roh-Tabak!
Sämtl. in- und ausländischen Sorten,
gute Qualität, tadelloser Brand,
in billiger Preislage, empfiehlt
**Heinr. Franck, Rohtabak-
Handlung,**
Brunnenstrasse 185.

37 Als anerkannt reelle und
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfenidewaaren (Eig. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Genossen! Achtung!
Nur durch Erspargung der Laden-
miete und des Rohabts an die Händler
bin ich in der Lage, 934b
53 Pfd. Brot, von reinem Roggen-
mehl, mit der Kontroll-
marke versehen, für 50 Pf. zu geben.
Desgleichen empfehle von jetzt ab jeden
Sonnabend frische Wärmbröte à 10 und
20 Pf., sowie Raps- und Rassefischen.
E. Pfeiffer, Brunnenstr. 161,
Hof, im neurenovierten Bachhaus.

Bitte lesen Sie!
Jedem Genossen, der billig und gut
kaufen will, empfehle mein sehr reich-
haltiges Lager von ca. 1000 Sommer-Valen-
tine, 2000 Anzüge, sowie einzelne
Köcher, Jagd- und Hofen, Westen u.
Ferner Uhren, Ketten, Ringe,
Betten, Wäsche, Stiefel, Hüte,
Reise- u. Goldhoffer, Waschkessel etc.
Sämtliche Sachen in alt und neu.
A. Wergien,
Schneidemeister und Parthiewaaren-
Händler, 5794b
127 Skalitzerstraße 127.
Gestellungen nach Maß werden
gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten.

Otto Naether,
Uhrmacher,
Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art
solid und preiswerth. 5417b
Evora-Bräu
in vorzügl. Qualität empfiehlt in Ge-
binden v. 20-100 Ltr. 80 Fl. = 8 M.
Otto Linke, Lagerhof 3.
Teleph. Amt III, Nr. 404.

Achtung! Droschkenkutscher. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
sämtlicher Droschkenkutscher mit Frauen
am Freitag, den 25. Mai, Abends 9 Uhr,
im Lokale des Herrn Jost, Andreas-Strasse Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Die zehn Gebote und die bestehenden Klassen. Referent: Genosse
Hoffmann-Panlow. 2. Diskussion.
Es ist diese Versammlung die Fortsetzung der vor Kurzem im „Eisler“
stattgefundenen, in welcher der Referent die ersten vier Gebote besprochen
hat. Der Vortrag hat damals großes Interesse hervorgerufen und ist zu er-
warten, daß die Beteiligung an dieser Versammlung eine noch weit größere
sein wird, weshalb die Kollegen ersucht werden, recht pünktlich zu er-
scheinen. Das Agitations-Comité der Droschkenkutscher Berlins u. Umgegend.
148/13 Im Auftrage: D. Schulz.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Beuthstr. 2.
Erschienen:
Kommunismus und Kapitalismus.
Der Kommunismus und die ökonomische Entwicklung
von Paul Lafargue.
Preis 20 Pfennige. Porto 3 Pfennige.
Lafargue legt in der Broschüre dar, wie die ökonomische
Entwicklung von Tag zu Tag mehr die Ueberflüssigkeit und Schäd-
lichkeit des Privatbesitzes an den Arbeitsmitteln vor Augen führt
und nicht bloß die Zweckmäßigkeit, sondern geradezu die Notwendigkeit
des Kollektivbesitzes beweist.
Die Polizei und die Arbeitslosen.
Stenographischer Bericht über die Gerichtsverhandlungen
gegen die acht Redakteure vom 8. u. 9. Mai 1894.
Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg. 68 Seiten gr. 8°.
Der „Fall Brausewetter“ hat allgemeines Aufsehen
erregt und die Kritik der weitesten Kreise heraufgefördert, so daß
eine stenographische Berichterstattung dieser Gerichtsverhandlungen wohl
angebracht erschien. Da das Interesse an diesem Prozeß nicht auf
Berlin allein sich beschränkt und nicht mit dem Augenblick erlischt,
sehen wir auch zahlreichen Aufträgen von Auswärts ent-
gegen.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonnabend, den 26. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Bergstr. 68:
Wanderversammlung für den Norden.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann über: „Der Kampf um's
Dasein.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Die Kollegen der Pianofabriken von Bechstein
(Johannisstraße), Rösner (Schönhäuser Allee), Rüdchel und Kriebel werden
speziell eingeladen. 475/5

Grosses Sommer-Fest
Neue Welt, Gajenhaid, am Montag, den 18. Juni 1894.
Großes Concert — Feuerwerk.
Unter Mitwirkung des Gesangvereins „Fiederluft“ (Mitgl. d. N. S.-B.).
Spezialitäten-Vorstellung. Kinderbelustigungen.
Grosser Ball im Bal champêtre.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Entree 30 Pf. Anfang 4 Uhr.
Die Kasseküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Billets à 30 Pf. sind im Restaurant Rohr, Raungr. 78, bei den
Kollegen E. Koch, Gräferstr. 12, S. 2 Tr., A. Mattutat, Manteuffelstr. 110a,
Quergeb. 2 Tr., und B. Scholz, Am Ostbahnhof 7, 9 Tr.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Ausstellung Italien in Berlin.
(Stadtbahnstation: Zoologischer Garten.)
Geöffnet von Morgens 10 Uhr bis Abends 12 Uhr.
Täglich: 11-12

Monstre-Konzerte sämtl. italien. Musikkorps.
Venezianische Variété, Mailänder Marionetten-Theater, Gondelcorso.
Avis: Pini, welcher mit den hervorragendsten Fechttern in Frankreich,
Italien, Spanien, England, Belgien, Oesterreich, Egypten und Amerika ge-
fochten hat und stets als unbesiegtener Sieger hervorgeht, ist in Berlin ein-
getroffen, um seinen Rang als Meisterschaftsfechter der Welt auch in Deutsch-
land zu verteidigen.
Prof. Cav. Eugenio Pini stellt sich vom Sonntag, den 27. Mai cr.,
ab den deutschen Fechttern auf Florat, Degen und Säbel zur Verfügung. An
diesem Tage wird in der Ausstellung **Italien in Berlin** die erste Menjur
stattfinden. Anmeldungen zum Fechtkampf sind an das Bureau der Aus-
stellung **Italien in Berlin** zu richten.
Professor Cav. Eugenio Pini,
Fechtmaster der Königl. Italienischen Marine.
Sonntag, den 27., Morgens 5 bis 10 Uhr: **Gr. Morgen-
Serenade** von sämtlichen Musikkorps. Bis 10 Uhr Entree 30 Pf.

Schweizer Garten.
Am Friedrichshain. Am Königsthor.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Volkabelustigungen aller Art.
Im neu
parquetierten Saale: } **Täglich: Gr. Ball.**
Von 5-7 1/2 Uhr: Freier Damentanz. Die Kasseküche ist geöffnet.
Entree 30 Pf., Billets vorher 25 Pf.

Bojkottiert sind:

1. Schultheiss-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin (und Tivoli).
2. Brauerei F. Happoldt.
3. Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. Brauerei Karl Gregory, Berlin (Ablers-Brauerei).
5. Vereins-Brauerei Rixdorf.
6. Spandauer Berg-Brauerei, vorm. C. Beckmann, Westend bei Charlottenburg.
7. Aktien-Gesellschaft Schloss-Brauerei Schöneberg.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Essentielle Sitzung vom Donnerstag, 24. Mai, Nachmittags 5 Uhr.

Zu Ehren des in diesen Tagen verstorbenen, seit Neujahr pensionierten Stadtrats Koeldichen erhebt sich die Versammlung von den Plätzen.

Der Rentier Zeitler hat der Stadt sein Grundstück Büschingstr. 30 zum Zwecke einer Stiftung zum Geschenk angeboten, die den Namen „Wilhelmine Zeitler's Frauenheim“ führen und zur Gewährung von mieths- und abgabefreien Wohnungen an evangelische, wenigstens 5 Jahre anfallsige, würdige weibliche Personen dienen soll. Ausgeschlossen sind Wittwen von Lehrern, Geistlichen, Beamten und Militärs, sowie Diakonissinnen, Krankenpflegerinnen und fromme Schwwestern. Das Mindestalter der Ansuchenenden soll bei Wittwen 45, bei Ledigen 40 Jahre betragen. Der Feuerlasenwerth des Grundstücks ist 70 100 M., das Miethserträgnis 8680 M. Der Magistrat ist bereit, die Schenkung anzunehmen.

Die Versammlung nimmt von der Vorlage Kenntnis.

Der Magistrat hat mit der Urania-Uhren- und Säulen-Gesellschaft neuerdings Verhandlungen zur Abänderung des bestehenden Vertrages vom 13. Mai 1891 gepflogen. Nach dem Ergebnis der Verhandlungen soll der Vertrag dahin geändert werden, daß mindestens 50 und höchstens 100 Säulen errichtet werden sollen, und daß 50 Säulen bis zum 1. April 1896 zu errichten sind. An 25 Säulen von den 50 sind unter möglichst gleichmäßiger Verteilung auf die verschiedenen Stadttheile Aspirations-Meteorographen anzubringen und gangbar zu erhalten, wogegen die Verpflichtung, an allen Säulen ein Thermo-, Baro- und Hygrometer anzubringen, fortfällt. Daneben sind der Gesellschaft noch eine Reihe weiterer Verpflichtungen untergeordnet Bedeutung auferlegt, während die Stadt ihrerseits eine Verlängerung des Vertragsverhältnisses auf 40 Jahre vom Abschluß des neuen Vertrages ab und eine jährliche Vergütung von 165 M. für jeden Meteorographen, 77,75 M. für die Beleuchtung des zweiten Zifferblatts und 6 M. für die anzubringenden Stadtpläne gewährt. Diese Vergütung gilt jedoch nur für die Maximalzahl von 25 beziehungsweise 50 Säulen. Für das laufende Jahr soll ein Betrag von 6500 M. in Ausführung dieses Vertrages bewilligt werden.

Ohne Debatte wird die Vorlage an einen Ausschuss von 10 Mitgliedern überwiesen.

Für den Neubau einer Doppel-Bade-Anstalt am Ausfluß des Werderschen Mühlengrabens aus dem Schleusenkanal in den Pachtgrabens hat sich eine Ausgabe von 107 000 M. auf Grund des abgeänderten Kostenanschlags ergeben, während ursprünglich nur 80 000 M. veranschlagt waren, und bereits zur Verwendung gelangt sind. Die Ueberbreitung ist dadurch entstanden, daß abweichend von dem ersten Entwurf, wonach durchweg Holzkonstruktion vorgesehen war, jetzt die Gebäude aus Eisenwerk mit Wellblechdächern und Wellblechwänden hergestellt werden sollen.

Stadtv. Hentig plädiert auch bei dieser Gelegenheit für größere Sparfamkeit im städtischen Bauwesen. Die Anstalt erscheine nach dem Plane zu luxuriös ausgestattet. Man scheine bei der Bauverwaltung nur zu geneigt zu sein, das Geld mit vollen Händen auszugeben. (Oho)

Die Vorlage wird angenommen.

Vom Stadtv. Singer und Genossen ist folgender dringlicher Antrag gestellt, gegen dessen Beratung in der heutigen Versammlung Widerspruch nicht erhoben wird:

Die Versammlung wolle einen, am Schlusse der Sitzung vom 24. d. M. von den Abtheilungen zu wählenden Ausschuss von 15 Mitgliedern einsetzen, welcher den Auftrag erhält, der Versammlung noch vor dem Eintritt in die Sommerferien Vorschläge zu bringen, in welcher Art das Kommunalabgaben-Gesetz vom 14. Juli 1893 zur Ausführung zu bringen ist.

Zur Begründung seines Antrages führt

Stadtv. Singer aus: Am 26. April hat die Versammlung beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation zu beraten, in welcher Art das neue Kommunalabgabengesetz in Berlin zur Ausführung zu bringen ist. Damals wurde der Antrag lebhaft vom Magistrat bekämpft unter anderem auch mit dem Hinweis, daß die Ausführungsbestimmungen zum neuen Kommunalsteuer-Gesetz noch nicht erlassen seien. Das ist inzwischen geschehen. Wir haben auch gelesen, daß eine Subkommission des Magistrats sich mit der Angelegenheit befaßt und Vorschläge für die Versammlung ausgearbeitet hat. Weiter weiß die Versammlung nichts. Die Versammlung hat den Willen ausgesprochen, sich die nötige Zeit zur Besprechung der wichtigen Frage nicht nehmen zu lassen. Ich habe geglaubt, daß der Magistrat nunmehr die Versammlung mit der Frage beschäftigen werde. Es ist nicht geschehen. Wir können den Magistrat nicht zwingen. Aber was wir der Bürgerschaft gegenüber zu thun verpflichtet sind, geht dahin, daß wir eine so wichtige Frage gründlich prüfen, wie sie es verdient. Es ist die höchste Zeit, daß wir anfangen. Wir müssen uns über die Grundlage der Steuerreform klar werden. Wir sind es der Bürgerschaft, der öffentlichen Meinung schuldig, daß auch sie Zeit bekommt, über die Frage zu beraten und zu diskutieren, damit wir nach den Ferien an die Formulierung des Ortsstatuts gehen können. Wenn die Sache sich noch länger hingiert, muß es zu einer Ueberhäufung kommen, die der Sache schädlich ist. Diese kurze Begründung genügt, die Versammlung zu veranlassen, einen Ausschuss einzusetzen, damit sie, wenn es der Weisheit des Magistrats gefallen wird, sie mit der Frage zu beschäftigen, nicht ganz unvorbereitet ist.

Bürgermeister Kirchner: Ich betrachte die Frage, ob die Versammlung eine Kommission einsetzen will, als eine häusliche Angelegenheit, in die der Magistrat nicht mitsprechen hat. Zur Sache selbst kann ich folgendes mittheilen: Die vom Magistrat eingesetzte Subkommission ist soweit zu einem förmlichen Abschluß ihrer Arbeiten gekommen, als sie einen Plan festgestellt hat. Derselbe wird morgen dem Magistrat vorgelegt werden. Sie will befürworten, daß der Magistrat der Versammlung eine gewisse Kommission vorschlägt. Sie werden also am Sonnabend in der Lage sein, unsere Zustimmung zu erhalten und können dann zur Wahl der Kommission schreiten. Ich benutze die Gelegenheit, um der Besorgnis entgegenzutreten, daß etwas verkannt worden ist. Das Kommunal-Steuer-Gesetz ist publiziert am 28. Juli 1893. Die Subkommission des Magistrats ist im Herbst zusammengetreten und hat sich über die vorliegenden Fragen schlüssig gemacht. Die Beratungen sind suspendirt worden, als die Staatsberatung alle Kräfte in Anspruch nahm. Nachdem die Subkommission dann im April wieder zusammengetreten ist, kann sie nun eine feste Grundlage für die Beratung bieten und werden die Beratungen mit Hilfe des zusammengebrachten Materials möglichst gefördert werden können. Ueber die Hauptgrundzüge werden wir uns in der gemischten Kommission vor den Ferien hoffentlich verständigen, damit in den Ferien in der Presse und Öffentlichkeit die Angelegenheit diskutiert werden kann. In keinem andern Stadt sind die Vorarbeiten weiter gefördert. Ob Sie es für zweckmäßig halten, ihrerseits eine Subkommission einzusetzen, muß ich Ihnen anheim stellen.

Stadtv. Meyer II hatte die Absicht, seine Bedenken gegen den Antrag Singer geltend zu machen; er sei auf die Antwort des Bürgermeisters nicht vorbereitet gewesen und erwarte, daß der Antrag werde zurückgezogen werden.

Stadtv. Friedemann: Wir haben unsere Abstimmung über den Antrag von der Antwort des Magistrats abhängig zu machen beschlossen. Diefelbe ist befriedigend ausgefallen, wir werden daher gegen den Antrag stimmen.

Damit schließt die Diskussion.

In seinem Schlusswort bemerkt

Stadtv. Singer: Wir sind ja gewohnt, daß unsere Anträge hier abgelehnt werden. (Seitertzeit. Lärm.) Durch die Erklärung des Bürgermeisters ist an dem Zustande gar nicht weiter geändert, als daß wir gehört haben, daß der Magistrat einen Antrag stellen wird auf Einsetzung einer gemischten Kommission. Vor einigen Wochen hätte durch eine solche Erklärung unser Antrag vermieden werden können. Unsere Bedenken sind keineswegs beseitigt. Ich bedauere, daß der Magistrat es nicht hat über sich gewinnen können, in den ersten Stadien der Versammlung mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Es wäre richtiger gewesen, die Grundlagen dieses Programms für eine Kommunalsteuerreform in gemeinsamer Beratung mit der Versammlung zu legen. Ich habe aber noch einen anderen Grund meinen Antrag nicht zurückzugeben. Nach meinen Erfahrungen mit den gemischten Deputationen sei 10 Jahren bin ich nicht sicher, daß die Sache mit der nötigen Eile gefördert werden wird. Wir wissen ja, welche Zeiträume zwischen den Sitzungen gemischter Deputationen liegen. Vielleicht ist der Magistrat mit uns der Ansicht, daß die Sache bald gemacht wird. Mir wäre es lieber, wenn die ganze Beratung im Kreise der Versammlung unabhängig vom Magistrat geschieht. Eine solche Beratung kann ganz gut neben der der gemischten Kommission hergehen. Die Versammlung sollte selbständig dafür sorgen, daß diejenigen Grundlagen zur Geltung kommen, die die Versammlung für richtig hält. Ich ziehe also meinen Antrag nicht zurück.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Stadtvorordneten-Vorsitzer Langerhans: Sie autorisire mich wohl, wenn der Antrag vom Magistrat wegen Einsetzung einer gemischten Deputation eingeht, daß ich zu Anfang der nächsten Sitzung die Wahl vornehmen lasse.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

Einer auf unseren Parteitag schon wiederholt angeregten Angelegenheit soll jetzt nahe getreten werden. Wie wir nämlich erfahren, besteht im Parteivorstand die Absicht, sämtliche Protokolle aller Generalversammlungen, Kongresse und Parteitage der sozialdemokratischen Partei seit 1885 in Neu-Aussage erscheinen zu lassen. Parteigenossen, welche im Besitze von Protokollen über Generalversammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins aus der Zeit von 1885-1890 inklusive sind, werden ersucht, dieselben an J. Auers, Berlin SW., Kagbachstr. 9, einzusenden. Nach Benützung der Protokolle werden dieselben sofort den Eigentümern wieder zugefleht.

Die Vereinsbrauerei in Rixdorf hat Niederlagen in der Provinz in Boffen (Salzmann), Königsberg i. N. M. (Hallenhal), Ludenwalde (Hallenhal), Brandenburg, Briesen a. D. (Grass), Friesack (Peters), Prenzlau (Grabow).

Die Wahlagitation im 25. sächsischen Wahlkreise hatte, wie schon berichtet, in den letzten Tagen seitens aller Parteien einen ungemein lebhaften Charakter angenommen. Unter den 5 Wahlversammlungen, die Genosse Bebel binnen drei Tagen im Wahlkreise abhielt, war die in Schöned abgehaltene insofern von besonderem Interesse, als ein Gegner in derselben auftrat. An dem betreffenden Abend sollte neben der von unseren Genossen einberufenen Wahlversammlung in Schöned auch eine solche der Antisemiten abgehalten werden, in welcher der bekannte antisemitische Agitator Ulrich aus Chemnitz referiren wollte. Aber als die Versammlungen beginnen sollten, war alles in jene geist, in der Bebel sprach, und so kam es, daß Herr Ulrich und sein Begleiter aus Schneeberg nebst dem Wirth vergeblich auf Besuch warteten. Die Drei kamen also unter sothänen Umständen überein, sich dem allgemeinen Strome anzuschließen und ebenfalls in die Bebel'sche Versammlung zu geben, die so überfüllt war, daß kein Ansel zur Erde konnte. Nach Bebel's Vortrag nahm Herr Ulrich das Wort, um ganz gegen die sonst ihm nachgesagte freche und schnoddrige Art sehr bescheiden und sehr höflich seine abweichende Meinung zur Geltung zu bringen, er wurde aber von Bebel bemerken auf den Sand gesetzt, daß er schwerlich nach einer zweiten Begegnung mit diesem Verlangen trägt.

Partei-Konferenz. In Schweinfurt trat während der Pfingstfeiertage der 2. Unterfränkische Parteitag zusammen. — Zum ersten Theile des Punkt 2 der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Vorstehers, giebt der Berichterstatter in kurzen Zügen ein Bild der Thätigkeit der Zentralkommission, erwähnt die Schwierigkeiten, die der Letzteren auf dem Gebiete der Agitation durch die bekannten Gründe erwuchsen und giebt schließlich

der Hoffnung Ausdruck, daß mit der vor sich gehenden Verbreitung der sozialistischen Ideen und der Stärkung unserer Partei, namentlich aber durch die immer größere Verbreitung der Parteipresse in Unterfranken, das nächste Jahr günstigere Erfolge bringen werde. — Danach wird vom Kassirer der Zentralkommission, Genosse Fersch, der Kasienbericht vorgetragen, aus dem ersichtlich, daß die Gesamteinnahmen von September 1893 bis Mai 1894 193,13 M., die Gesamtausgaben aber 206,61 M., mithin ein Defizit von 13,48 M. verbleibt. Die Prüfungskommission erklärt später, die Rechnung für richtig befunden zu haben.

Eine längere, heftige Diskussion mehr oder weniger persönlicher Natur entspann sich über die „Parteipresse“. Schließlich mußte doch öffentlich anerkannt werden, daß die Uebernahme der „Unterfränkischen Volkstribüne“ durch die Zentralkommission kein Fehler gewesen sei, denn der Geschäftsbericht ergab, daß bereits vor erste Monat mit einem Gewinn abgeblieben habe. Bezüglich der Zentralkommission verständigte man sich dahin, daß der Wahlkreis Würzburg 4, Schweinfurt 2 und Rügingen 1 Mitglied in die Zentralkommission entsendet. Der leitende Redakteur des Parteiorgans hat in allen die Presse betreffenden Angelegenheiten sich und Stimme, in allen anderen Fragen nur beratende Stimme. Lieber Organisation und Agitation zu beraten, blieb keine Zeit mehr übrig und wurde deshalb beschlossen, daß in der ersten Sitzung der Zentralkommission diese beiden Punkte Erledigung finden sollten.

Dank. Delznih i. Erzgebirge (Sachsen). Im Auftrage der sämtlichen Bergarbeiterschaft des Chemnitzer Steinöhlen-Reviers fühlen sich die Unterszeichneten Delegationen veranlaßt, der geehrten Gewerkschaftskommission von Berlin für die uns gewordenen freundlichen Aufnahme und für die uneigennütigen Bemühungen, die dieselbe uns bei unserem kurzen Aufenthalt in Berlin zu theil werden ließ, nochmals an dieser Stelle unseren aufrichtigsten Dank auszusprechen. Unser Aufenthalt in Berlin wird uns unvergesslich sein.

Gleichzeitig sagen wir allen Parteigenossen Berlins ein herzliches Lebewohl!

Die Delegirten des Chemnitzer Kohlenreviers,
Heinrich Schreiber, Delznih i. G.
Karl Steeg, Gerdsdorf i. G.

Der Militärbojkott muß überall als willkommenes Mittel dienen, die Sozialdemokraten in der freien Entfaltung ihrer Kräfte — hier mag das Wort einmal Anwendung finden — zu verhindern. Der Gang der Dinge ist stets der gleiche: die Lokale, in denen Arbeiterfestschleichen abgehalten werden, erhalten keine Militärmusik mehr und den Soldaten wird der Besuch dieser Lokale untersagt. Dazu kommt noch der Druck der Polizeibehörden auf die Wirthe. Diese Letzteren verweigern nun gewöhnlich aus theils berechtigter, theils unberechtigter Furcht den Sozialdemokraten ihre Lokale. Das veranlaßt naturgemäß die Parteigenossen ihrerseits zur Stellungnahme gegen die Wirthe, die dadurch allerdings in eine nicht beneidenswerthe Situation gebracht werden, für die sie aber nicht die Partei, sondern die Urheber, die Militär- und Polizeibehörden, verantwortlich machen mögen. Von dem militärischen Boykott in Bera und Umgebung haben wir bereits berichtet. In Mühlheim a. Rh. spielt sich jetzt gleichfalls ein Militärbojkott ab. Der „Rhein. Ztg.“ wird hierüber von dort geschrieben: Die Polizei und Militär, diese Staats- und Gesellschaftsrechte von Beruf, überall Hand in Hand arbeiten, wo es gilt, der Arbeiterbewegung hindernd in den Weg zu treten, dafür ein neues Beispiel. Wie bekannt, fehlt es uns hier seit langem an einem größeren Versammlungsorte, und wo wir vielleicht eins bekommen hätten, da entsprach es den polizeilichen Anforderungen nicht. Diese schon früher gesammelte Erfahrung wiederholte sich auch bei der diesjährigen Reise mit dem Lokale des Wirthes Gohlen hier selbst. Zum Ueberflus wurde dieses Lokal nun auch noch, wie uns mitgetheilt wird, am Sonntag fürs Militär verboten. Natürlich werden Wirthe, die es wagen, uns ihre Lokale zur Verfügung zu stellen, durch derartige Maßregeln schwer geschädigt. Da liegt es an den Arbeitern Mühlheim, Neuenburg zu schaffen. Mögen sie den Wirthen, die ihnen ihre Säle verweigern, auch ihr Bier zum Selbsttrinken überlassen, damit endlich dieser unwürdige Zustand beseitigt werde und der die Arbeiterbewegung empfindlich hemmende Lokalmanangel verschwindet.

Auch die Dortmunder Parteigenossen sahen sich gezwungen, über ein Lokal den Boykott zu verhängen; nur scheinen dort gewerbliche Streitigkeiten die Ursache gewesen zu sein.

Der Boykott, den die Kölner und Mühlheimer Genossen über die Brauerei von Borch u. Jahn in Mühlheim verhängt haben, bleibt bis auf Weiteres aufrecht erhalten, da die Direktion auf die Forderungen der Kommission nicht eingehen wollte.

Das Manifest der Münchener Parteigenossen hat endlich, nachdem es mehrere Male wegen schlechten Wetters verschoben worden war, am vergangenen Sonntag unter zahlreicher Beteiligung in Holzpfeltrath stattgefunden.

„Massenparadegänge können nach Befinden als verbottene Um- und Aufzüge bestraft werden“ — so lautet eine Polizeiverordnung, welche kurz vor dem 1. Mai in Dresden erlassen wurde. Es war unweifelhaft auf eventuelle Ausflüge unserer Parteigenossen am Manifesttag abgesehen. Man hat denn nun auch geruht zu „befinden“, daß ein „sogenannter Massenaufzug“ stattgefunden habe und hat gegen 100 Parteigenossen Strafantrag gestellt.

Todtenliste der Partei. In Breslau starb am Montag früh nach kurzem aber schwerem Leiden der in Parteireisen bekannte Genosse Schubmacher Heilig. Derselbe war an den Sozialistenprozessen 1884 und 1887 betheilig und zog sich auch als verantwortlich Zeichnender der „Schlesischen Nachrichten“ eine mehrmonatliche Gefängnisstrafe zu. — Die Breslauer Parteigenossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

In Malchow (Mecklenburg) ist am 22. d. M. der Genosse Tuchmacher Drewell, einer der Eifrigsten, wenn es galt, für die Partei zu wirken, nach 15 wöchentlichem Krankenlager gestorben.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Gehausucht wurde bei dem Genossen Giesmann in Breslau nach Flugblättern. Es wurden denn auch 2000 Stück gefunden und — natürlich beschlagnahmt; der Staat war wieder außer Gefahr.

— Freigesprochen wurde der Genosse W. Küncke in Oderberg i. M., welcher angeklagt war, wegen Vergehen gegen §§ 183, 186, 194, 200 des Strafgesetzbuches (Beleidigung des Magistrats und der Voreinschätzungskommission). Diefelbe begangen sein in einer Volksversammlung vom 19. November 1893, wo er seinen Ausspruch an der Stadtvorordneten-Versammlung als ein Nachwort bezeichnet hatte.

Tokales.

Zur Liste der dem Ring angehörenden Brauereien auf dem gestern verbreiteten Flugblatt, sind noch die Brauerei Schweizer-Garten, die Gräflisch-Reichschische Brauerei in Stralau und die Brauerei von J. Wiedemann, Blumenst. 33 nachzutragen. Die beiden erstgenannten Geschäfte gehören zwar dem Ring nicht direkt an, haben sich aber ostentativ mit dem Vorgehen desselben gegen die Brauerei-Arbeiter solidarisch erklärt. Wir wollen deshalb auch nicht versäumen, unseren Lesern von dieser Solidaritätserklärung Kenntnis zu geben.

Zum Bierboykott. Der Versuch, den Streitpunkt zu verschieben und die ohne Grund und Anlaß seitens der Brauereibesitzer auf die Straße gesetzten Brauerei-Arbeiter als das Karnevalshinzuhalten, welches durch Boykottierung der Vereinsbrauerei in Nitzdorf und durch Prolamierung des Generalstreiks die armen Brauereibesitzer wider Willen und aus Nothwehr zur Entlassung der 20 pSt. genöthigt hat, wird heute von der „Voss. Ztg.“ wiederholt, nachdem wir das gleiche Taschenpielerbüchchen gestern bei der „Freis. Ztg.“ bereits festgenagelt haben. Genau wie das Richterliche Blatt wirft auch die „Voss. Zeitung“ die Brauerei-Arbeiter mit den Böttchern zusammen und bezichtigt die letzteren, den Boykott über die sieben Brauereien verhängt zu haben, weil die vereinigten Brauer die Böttcher, als Strafe für die Maiseier, eine Woche ausperrten. Daß der Boykott nur die Folge der schamlosen Missethätigkeit der 20 pSt. vollständig unbetheiligten Brauerei-Arbeiter ist, und daß er nicht von den Böttchern, sondern von den Vertretern der gesammten organisierten Berliner Arbeiterschaft vorgeschlagen ist, unterschlägt die Tante ihren Lesern. Wie erbärmlich schlecht muß doch die Sache des Brauerings sein, daß keines der ihm dienstbaren Blätter wagt, der Wahrheit die Ehre zu geben und den wirklichen Streitpunkt öffentlich mitzutheilen! Warum hat z. B. keines der Blätter, die sich für die losierten Millionen des Brauerings jetzt so kräftig ins Zeug legen, die Antwort des Ausschusses der Berliner Gewerkschaften zum Abdruck gebracht! Die „Vossische Zeitung“ hat in ihrer ersten Nummer zum Boykott erklärt, daß sie dem Kampfe als neutraler Zuschauer gegenüber stehe. Wie vertritt sich denn mit dieser versprochenen Neutralität die unwahre Beschuldigung der Brauerei-Arbeiter und die ebenso unwahre Behauptung, der Boykott verfolge den Zweck, die Brauereien zu hindern, von dem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen?

Geradezu lächerlich ist die Behauptung der „Vossischen Zeitung“, daß von einem Ringe der Brauereien nicht die Rede sein könne, weil dieselben sich unter einander lebhaftest Konkurrenz machen. Nun, ob ein Brauering hier besteht, diese Frage mag die Tante einmal den hiesigen Bierwirthen vorlegen, da wird sie die ihr aufscheinend fehlende Belehrung erhalten. Daß der Ring auch gegen die Brauereiarbeiter besteht, darüber ein Wort zu verlieren, verlohnt sich nicht mehr.

Zu Uebriem sind unsere Leser sowohl, wie die gesammte Einwohnerschaft Berlins und der Vororte von dem wirklichen Sachverhalt unterrichtet. Nicht weniger als 1/4 Millionen Flugblätter, welche die Boykottangelegenheiten behandeln, sind gestern und vorgestern in Berlin und den Vororten durch Tausende unserer Genossen verbreitet worden und die Begeisterung und Promptheit, mit der diese kolossale Arbeit ausgeführt wurde, beweist, wie sehr der Boykott Herzensache der Proletarier geworden ist. Es denkt kein Arbeiter daran, den Braueren das Recht der Koalition zu verschnäueln; mögen sie sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammen thun so viel sie Lust haben. Aber wenn diese Vereinigung, wie es durch die Aussperrung der 20 Prozent geschieht, dazu benutzt werden soll, unschuldige Arbeiter zu mahregeln und mit Stockprügel auf den Magen dafür zu bestrafen, daß andere Arbeiter sich erlaubt haben, sich einen freien Tag zu machen, dann setzen die Arbeiter Vereinigung gegen Vereinigung und — wir wollen sehen, wer es länger aushält.

Ehrlicher wie die Leiter des Brauerings und die diesem dienstbaren liberalen Organe, gehet die „Kreuz-Zeitung“ offen zu, daß der Kampf mit der Arbeiterschaft von den Brauereien mit völliger Absicht herbeigeführt worden sei. Das Blatt verteidigt zunächst die Brauereiprozessen gegen den Vorwurf „zu schroff“ ausgetreten zu sein.

Kenner der seit 1890 — dem letzten Brauerausstand — bestehenden Verhältnisse werden anders urtheilen. Die Verhältnisse im Brauereigewerbe hatten sich so zugespitzt, daß eine „reine Scheidung“ endlich erfolgen mußte.

Das Junkerblatt erzählt dann weiter, daß gerade das Brauergewerbe unter den Nachschichten der Sozialdemokratie und deren Helfer besonders leiden muß.

In anderen Gewerben besteht die Waffe der Arbeitnehmer gegen ihre Arbeitgeber im Streik — eine recht zweischneidige Waffe, welche den sie Gebrauchenden ganz sicher mittrifft. Wie bequem dagegen ein Boykott. Er kostete bisher nur etwas Enthaltensamkeit.

Teshalb „so oft ein schwächliches, häufig ein schwachvolles Nachgeben der Brauereien“.

Man beschäftigte nachlässige und schlechte Arbeiter, um durch deren Entlassung nur ja nicht das Odium auf sich zu laden, daß man „maßregeln“ (siehe die Dividenden und Direktorengehälter. N. d. V.); man zwang den Delonomen der Aufsichtskasse alle möglichen Versammlungen auf, die ihren Lokalen unter Umständen das bessere konsumierende Publikum und die beliebten Militär-Kapellen dauernd entzogen. . . . Alle diese Zustände haben naturgemäß in allen Brauereien den Wunsch erregt, Klarzustellen, wer denn eigentlich im Betriebe der Herr sei, aber es wäre zum Kampfe noch lange nicht gekommen, wenn nicht das Gefühl allen gemeinsam sich aufgedrängt hätte, daß auch durch fortgesetztes Nachgeben ein endliches Messen der Kräfte doch nicht zu vermeiden sei.

Also, um ein Messen der Kräfte handelt es sich. Wie danken dem Junkerblatt für die Offenheit, mit der es den Arbeitern erklärt, der von den Unternehmern vom Zaune gebrochene Streik im Brauergewerbe sollte nur der Vorwand sein für den Endzweck, den Arbeitern die Versammlungslokale zu nehmen. Wir und mit die ganze Arbeiterschaft haben von der ersten Stunde an gewußt, um was es sich handelt, der Heuchelei der Herren vom Ringe gegenüber ist es aber doch gut, daß auch von gegnerischer Seite das Kampffeld so klar abgesteckt worden ist.

Um ihr boykottiertes Bier los zu werden, greifen einige der Herren Waffensführer zu ganz verzweifeltten Mitteln. Verschiedentlich wird uns mitgetheilt, daß diverse Fabrikbesitzer von Brauerei-Agenten angegangen worden sind, ihre Arbeiter zum Genuß des gesperrten Bieres zu zwingen. Es ist bisher noch nicht bekannt geworden, ob es wirklich Fabrikanten in Berlin gibt, die ihre ökonomische Hebermacht im Interesse des Brauerings geltend machen; sollte aber solches geschehen, so werden die Arbeiter auch nach dieser Seite hin den Unternehmern schon zeigen, wie ernst es ihnen mit der Durchführung des Bierboykotts ist. So schrieben wir am Donnerstag Morgen. Am Abend wurde uns mitgetheilt:

Die bekannte Musterfirma Siemens und Halske ist eine derjenigen, die ihrer Solidarität mit dem Braueringsproleten offenkundig Ausdruck zu geben wagt. Wie überall, so wurde auch von den Arbeitern dieser Fabrik, die eine Art Konsumverein gebildet haben, zu dem Bierboykott Stellung genommen und man beschloß, an Stelle des Bieres aus

der Pfefferbergbrauerei, hinfest Bier aus dem Münchener Brauhaus zu nehmen. In diesem Beschlusse, von dem man meinen sollte, daß er dem Fabrikanten, der weder Vorteil noch Nachtheil dadurch hat, vollständig gleich bleiben könne, nahm aber doch der Direktor des Charlottenburger Werks, ein Herr Diehlmann, Anstoß. Er berief die Leiter des Konsumvereins zu sich und fragte sie, warum das Bier der Pfefferberg-Brauerei von den Arbeitern nicht mehr getrunken werde. Die Antwort lautete, daß die große Mehrheit der Konsumvereins-Mitglieder die Abbestellung des Pfefferberg-Bieres und dafür die Einführung des Bieres vom Münchener Brauhaus gewünscht hätten. Dieser Beschluß, meinte der Direktor, bedeutete ein sozialdemokratisches Vorgehen, das in seiner Fabrik nicht platz greifen dürfe. Man solle binnen 24 Stunden das Bier der Pfefferberg-Brauerei wieder bestellen; geschähe dieß nicht, so würde man sich die Folgen selber zuschreiben haben.

So der Direktor. Die Leiter des Konsumvereins werden vielleicht in der Form nachzugeben gezwungen sein. Kein Arbeiter bei Siemens u. Halske, so wird uns gemeldet, wird es aber mit seiner Ehre vereinbaren, während der Dauer des Kampfes zwischen der Gesamtarbeiterschaft Berlins und den Brauerprozenten von dem ihm aufgezwungenen Bier auch nur einen Tropfen zu trinken.

Die Musterfirma Siemens u. Halske aber, von der wir in der neueren Zeit schon mehrmals recht eigenartige Bilder an die Oeffentlichkeit bringen konnten, ist mit diesem Eingriff in die Privatangelegenheiten ihrer Arbeiter gerichtet. Sie kann sich fortan dem Herrn Stumm und ähnlichen Menschenfreunden ohne Scham an die Seite stellen.

Freibier giebt es jetzt in verschiedenen ringtrenten Gastwirtschaften Berlins für den, der es mag. Die braven Männer vom Brauerering, die nicht wissen, wie sie ihr Bier los werden sollen, verfallen jetzt darauf, es bei gutgehumten Wirthen gratis an jedermann aus dem Volke zu vertheilen. Besonders auffallend ging die Spende bei einem Wirthe am Petriplatz vor sich. Ein Mann, von dessen Angesicht nur zu deutlich die Sorge um die Biernoth zu lesen war, lieferte am Donnerstag Morgen eine Tonne Hoppelsches mit den Worten ab: So, daß Bier, das auf dem Apparat ist — und es war nicht wenig — das muß alle werden. Bedauerlicher Weise war die Wirkung dieses Altes der Wohlthätigkeit nicht ganz derart, daß sie bei Herrn Hoppoldt und seinesgleichen besondere Befriedigung erwecken könnte. Denn die Frohsinnführer und sonstigen schändlichen Gölste, die sich bisher mit einer Weisheit begnügt hatten, dankten ergebenst für Obst und verließen das Lokal unter nicht mißzuverstehenden Aeußerungen des Unwillens. Und wie in diesem Lokal, so ging es in anderen Lokalen auch. Das boykottierte Bier ist nun einmal bestimmt, zu versauern — daran läßt sich nichts ändern und wenn die Herren in ihren Bierplätzen selber den Gratisausfluß veranstalten würden. Der Deutschfreisinnigen, die sich zu einer heroischen That aufschwingen würden, sind gar wenige und die Herrschaften von der Börse und von der nothleidenden Landwirthschaft leisten zwar in diesen Tagen ganz Besonders an moralischer Unterstützung der Herren Waffensführer, aber weiter geht es auch nicht. Die Stammgäste von Kempinski hüten sich, sich an dem Bier, das bisher für den Plebs gut genug war, den Magen zu verderben.

Die moralische Qualität einiger der guten Kinder des Herrn Köfide kennzeichnet sich durch eine Lemuziation, welche von dem Schlosser Müller, Hagenauerstr. 12, und dem Bierfahrer Schulp, Hagenauerstr. 3 verübt wurde. In der Gastwirtschaft von Staras, Frankes- und Hagenauerstraßen-Ecke, reichte am Mittwoch Abend ein Arbeiter eine Sammelliste für die ausgeschlossenen Brauereiarbeiter unter den Gassen herum. Dies hinterließen die beiden vorgenannten Herren, welche sich später als Arbeiter im Betriebe der Schulzeibrauerei qualifizierten und flugs ging der eine derselben hinaus, um einen Schyman herbeizurufen, damit die gefährliche Liste losgerichtet werde. Dies Feldensstücklein gelang den beiden braven Leuten denn auch. Wir theilen diesen Fall mit, damit er den Parteigenossen, die sich ebenfalls um die Unterstützung der Aussperrten bemühen, zur Voricht ermahne.

Mit dem ehrlichen Namen ihres Nächsten scheinen die Herren vom Brauering denn doch in mehr als einem Fall ziemlich leichtfertig umgesprungen zu sein.

Vor uns liegt folgende Erklärung:

Mit meiner Namensunterschrift erkläre ich, daß ich dem Berliner Brauering nicht angehöre, da ich keinen Wechsel in Höhe von 10 000 M. unterschrieben habe. Auch erkläre ich, daß ich mein Einverständnis zu dem Vorgehen des Brauerings nicht gegeben habe, auch nicht geben konnte, da ich zur Zeit verreist war. Von meinen Leuten ist nicht ein Einziger entlossen. Mein Name ist ohne mein Wissen unter die Erklärung des Berliner Brauerings gesetzt worden.

Brandenburg a. S., den 23. Mai 1894.

G. Bauer, Werder a. S.

Und die Herren, die den Namen von Leuten, welche absolut nichts von ihnen wissen wollen, sans façon unter ihre Rabdomantaden pressen, mögen es, von Terrorismus der Arbeiterorganisationen zu reden. Eine nette Gesellschaft!

Gebrauchen sie ihr Geld jetzt nöthiger? Wie das „Kleine Journal“ mittheilt, hat der Verein der Bierbrauereien den für die Berliner Gewerbeausstellung gesetzten Garantiefonds bis auf Weiteres zurückgezogen. Man weiß auch nicht, wozu es gut ist.

Hoch die Solidarität! In seiner letzten Sitzung hat der Verein Berliner Buchdrucker und Satzsetzer einstimmig beschlossen, das dreijährige Johannistfest, welches am 23. Juni in der Berliner Hofbrauerei gefeiert werden sollte, in anbetraht der ernsten Situation, in der sich die gesammte Arbeiterschaft befindet, ausfallen zu lassen. Eine Aenderung dieses Beschlusses soll nur dann eintreten, wenn die Forderungen der Arbeiter von den Brauereibesitzern rückhaltslos bewilligt werden. Ferner hat der Verein für die ausgesperrten Brauer und Brauerei-Gilfsarbeiter 500 M. als Unterstützung bewilligt.

Die zahmen Kinder vom Vierbrauergelesen-Verein zu Berlin, so wird uns aus den Kreisen der Gemäßigten geschrieben, sind unablässig bemüht, ihre Rückgratlosigkeit aller Welt zu offenbaren. So bringen arbeiterfeindliche Blätter heute eine Erklärung des „Gesammt-Vorstandes“ besagten Vereins im Namen seiner 355 Mitglieder, die dahingebht, daß der Verein sozialdemokratischen Tendenzen nicht huldigt, ferner daß er Gewaltmittel (!) wie Streiks, Boykotts verdammt, weil auf gültlichem Wege in Berlin gerechte Forderungen immer bewilligt worden sind, bezugnehmend, daß „das frivole Vorgehen einzelner Führer des sozialdemokratischen Fachvereins“ schuld ist an der Aussperrung so vieler Kollegen (was diese Zahmen „recht sehr“ bedauern), daß weiter mehr wie Dreiviertel dieser Aussperrten „für Aufhebung des Boykotts stimmen würden“, wenn sie gesagt würden, und daß endlich der „sozialdemokratische Fachverein“ seit dem Jahre 1890 nicht angeführt hat, mit den Gewaltmitteln Streik und Boykott ihre Arbeitgeber zu bedrohen.

So viel Worte, so viel Schwindel, und wissentlicher Schwindel.

Wie kommt dieser „Gesamtvorstand“ dazu, im Namen seiner 355 Mitglieder zu sprechen, wo er doch wissen muß und weiß, daß eine große Zahl seiner Mitglieder Außmitglieder sind, lediglich aus dem Grunde, weil sie die lange Arbeitslosigkeit fürchten, die ja bei den Brauerei-Arbeitern infolge der großen Arbeitslosigkeit im Allgemeinen und des besonders „schlechten“ Geschäftsganges der Brauereien (15—25 pSt.

Dividende und 50—100 000 M. Lantime für Direktoren beweisen dieß), bis 9 Monate und darüber dauert, und weil sie wissen, daß sie als Mitglieder des „zahmen Vereins“ bei Arbeiterentlassungen so z. B. im Frühjahr nach Beendigung der Mälzampagne und so auch jetzt, wie Figura zeigt, davon verschont bleiben. Es giebt Brauer, die nur aus dem Grunde noch Mitglieder des „Gesellen-Vereins“ sind, weil sie lange Jahre ihre Beiträge gezahlt haben und dieses Geld dem „Verein“ nicht schenken möchten. Also zur Ehre des „Gesellen-Vereins“ sei gesagt, daß auch noch nicht die Hälfte der Mitglieder die Meinung des „Gesamtvorstandes“ theilen. Und damit ist auch der Schlußsatz der Erklärung des „Ges.-Vereins“ beantwortet, in dem sie sich mit den im letzten Jahre beigetretenen 100 Mitgliedern brüsten.

Es ist ferner Schwindel, wenn der „Gesamtvorstand“ in seiner Erklärung behauptet, die Leute, für die er spricht, benutzen nicht die „Gewaltmittel“ als Streik zc. Mitglieder dieses Vereins haben sich 1880 und 1890 am Streik betheilig. Es ist Schwindel, wenn 1890 alle gerechten Forderungen auf gültlichem Wege bewilligt worden sein sollen. War der Arbeitsnachweis keine gerechte Forderung? Und doch mußte deswegen der Streik ausbrechen! Wir brauchen nur an einzelne Auslassungen des Herrn Hoppoldt nach 1890 gegenüber Mitgliedern des sozialdemokratischen Fachvereins zu erinnern: „Bilden sie sich nicht ein, daß dieser Lohn (120 M. monatlich) immer gezahlt wird!“ Und bei einer anderen Gelegenheit, zur Zeit als die Brauereibesitzer den Arbeitsnachweis ganz in ihrer Gewalt bekamen: „So lauge haben Sie regiert, jetzt regieren wir.“ So gerecht die Forderung des Arbeitsnachweises war, so wichtig war er für uns und so verhaft den Brauerherrn.

Im Jahre 1889 hat man die gerechten Forderungen bewilligt und das wenigste davon eingehalten. Um 1890 nicht wieder so betrogen zu werden und um die Führer der Lohnbewegung oder „Heher“, wie man sie zu nennen beliebt, sicher zu stellen, war der Arbeitsnachweis Hauptbedingung. Kom der Arbeitsnachweis 1890 nicht zu Stande, so war für die damaligen „Führer“ keines Bleibens mehr in Berliner Brauereien, überhaupt für ganz Deutschland waren sie geächtet, aber auch die damals errungenen Vortheile waren wieder flüchtig. Das Letztere beweist die Aussage des Herrn Hoppoldt und das Erscheine der schwarzen Listen, die während der 90er Bewegung angefertigt wurden und die höchstwahrscheinlich jetzt wieder gebraucht worden sind, wie man an den „bekanntem“ Gesichten der Aussperrten ersieht. Es ist Schwindel, wenn gesagt wird, seit 1890 drohen wir mit Streik und Boykott! Wir wollen uns nur das 1890 Errungene nicht wieder nehmen lassen. Es ist weiter Schwindel, daß die Führer des Fachvereins schuld an der Aussperrung der Brauerei-Arbeiter sind! Das behauptet auch nur der verständnislos diesem allen zusehende Gesellen-Verein und wohl auch nur auf Wunsch und zu Liebe den Herren Brauerbesitzer. Es ist auch endlich Schwindel, daß 1/4 der Gemäßigten für Aufhebung des Boykotts stimmen würden, wenigstens thun sie dieß nicht, so lange nicht, bis die geheilten Bedingungen erfüllt und vor allem der Arbeitsnachweis sicher gestellt ist; weil sie wissen, daß sie doch über kurz oder lang abgewimmelt werden, wenn sich ihr Charakter dagegen sträubt, dem Wackelbaaren Verein beizutreten. Nur in einem haben sie so ziemlich Recht, nämlich: „Der Bierbrauer-Gesellenverein zu Berlin hat bisher immer mit Erfolg seine neutrale Stellung behauptet u. s. w.“ Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! Die 1890er Forderungen wurden von den gesammten Berliner Brauereigenossen! Nachdem eine Einigung zu Stande gekommen war bis auf den Arbeitsnachweis, der für uns die Hauptsache und die Veranlassung zum Streik war, schlugen sich die „Gesellen“ seitwärts in die Gebäusche, wurden schnell wieder „lieb kind“, indem sie in einer von den Brauereibesitzern zu diesem Zweck aparten Versammlung gegen den Arbeitsnachweis stimmten und somit die damaligen Streikenden ihrem Schicksal und der Willkür der Prothen überließen.

Und immer und überall, wenn „sozialdemokratische Heher“ Erfolge erzielen, sind sie es, die im warmen Rest sitzen und die Erfolge mitgesehen, aber beileibe keine Verantwortung übernehmen und um zum Dank dafür in den Rücken fallen und beschimpfen. Wahrlich diese „Ehrenmänner“ haben alle Ursache, stolz auf ihre „Neutralität“ zu sein.

Die Brauerei Stralau schreibt uns: „In Ihrer Nummer vom 23. Mai veröffentlichen Sie, daß von der Brauerei Stralau in hiesigen Lokalen durch Plakate bekannt gemacht würde, die Brauerei gehöre nicht dem „Ringe“ an. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen, da ich niemanden mit einer derartigen Veröffentlichung beauftragt habe und keine Verantwortung nehme, meinen einmal gekennzeichneten Standpunkt zu ändern.“ Wir werden aller Voraussicht nach der Brauerei in Wälde mit der entsprechenden Antwort dienen können.

Zum Spezial-Moniteur des Herrn Köfide wird die „Freisinnige Zeitung“. Sie hat eine eigene Rubrik auf der ersten und zweiten Seite ihres Hauptblattes eingeführt, die „Zum Brauerei-Boykott“ überschrieben und den speziellen Interessen des Bierringes gewidmet ist. Sie zitiert heute zustimmend die „National-“ und „Kreuz-Zeitung“ und verkennt weder darauf los. Geigen der Feld, der Zukunftsstaatsverrichter, wird nun zum Heiligen der Brauerprozenten avancieren. Er hat's verdient. —

In schroffem Gegensatz zu den strengeren Anordnungen über die Müllabfuhr in Berlin steht die Behandlung der Müllabladefahrten in der Nähe des Reichthums der Stadt. Während in der Stadt selbst die handfreie Müllabfuhr nach den bei den Hauseigentümern umlaufenden Nachrichten demnach streng durchgeführt werden soll und die neue Polizeiverordnung, wonach der Hauseigentümer sich strafbar macht, wenn beim Ausladen seines Mülls durch die damit beschäftigten Arbeiter Staub erzeugt wird, nur als ein erster Schritt auf diesem Wege zu bezeichnen ist, herrschen auf den Müllabladefahrten zum Theil in der nächsten Nähe der Stadt vielfach ganz unerträgliche Verhältnisse. So befinden sich beispielsweise zahlreiche derartige Plätze auf dem Terrain zwischen dem Schiffahrtskanal und dem Söbring der Ringbahn, wo gleichzeitig auch viele der sogenannten Raubbewohner ihren sommerlichen Aufenthalt genommen haben. Ist nun das Wetter schön und heiß, wie es in diesem Jahre bereits mehrere Tage hintereinander war, so ist die Luft rings im weiten Umkreise um diese Abladestelle herum mit einem feinen Staube erfüllt, der von jedem Aufzuge aufgeweht wird und die Geruchs- und Athmungsorgane aller in der Nachbarschaft befindlichen Personen auf das Unangenehme befähigt. Für die Raubbewohner, die in solcher Nachbarschaft „frische Luft“ schöpfen wollen, ist dies ganz unmöglich. Dabei wird täglich von diesen Abladefahrten aus auch Rauch und Asche über die Nachbarschaft verweht, wenn die brennbaren Bestandtheile des Mülls, Papier, Lumpen, Holz und dergleichen angezündet werden, um die Menge des abgefahrenen Mülls zu verringern. Treibt aber nasses Wetter ein, dann verbreitet sich von den Plätzen ein dumpfer, modriger Geruch, der von allen in der Nähe befindlichen Personen auf das Stärkste empfunden wird. Daß diese Zustände gesundheitslich weniger bedenklich sein sollten, als die Staubverunreinigung in der Stadt, ist kaum anzunehmen.

Warum muß der Mann Wolke spülen? Wie die „Voss-Zeitung“ zu berichten weiß, hatte sich eine hiesige Verlagsabteilung erboten, den nammehr zu einer Gefängnisstrafe von insgesammt 2 1/2 Jahr verurtheilten Anarchisten Dr. Sabizlaus Gumpelowich während der ganzen Dauer seiner Haft literarisch zu beschäftigen. Dieses Anerbieten ist jedoch „mit Rücksicht auf die lange Dauer der Strafe und die dadurch hervorgerufenen Be-

Leistungen der Gefängnisbeamten" abschlägig

Nach diesem scheint es also, als ob der einseitige geringe Vortheil, der bisher den zum Pfingstener Nummern und Mehrzahl verurtheilten politischen Gefangenen auf Antrag noch gewährt wurde, auch ein Loch bekommen solle. Man mache sich ein Bild von der Gefängnisverwaltung des preussischen Staates am Ende des 19. Jahrhunderts: Ein Mann, wissenschaftlich gebildet, dessen einziges Verbrechen darin besteht, auf die Schlingen unserer berühmten Presse- und Pressefreiheit nicht die genügende Rücksicht genommen zu haben, muß während seiner langen Gefangenschaft vielleicht Berg rüpfen oder Wolle spinnen weil — nun weil, wie angegeben ist, die Beamten, die für die Gefangenen da sind, Beschäftigungen durch dessen literarische Beschäftigung haben könnten! So stellt sich die sogenannte Kultur in Preußen dar!

Der Postdefraudant Georg August Adolph Ulrich aus Leipzig ist, am gestrigen Tage in Alexandersbad bei Wunsiedel in Bayern verhaftet worden. Wir erfahren bezüglich der Festnahme des Defraudanten Folgendes:

Ein Kollege des U., der in Leipzig auf demselben Postamt, von welchem jener kürzlich geworden, beschäftigt ist, hielt sich im Auftrage der Postbehörde in Alexandersbad auf, wo er U., der schon seit zwei Tagen daselbst unter falschem Namen weilte, auf der Kourpromenade traf. Der Beamte, welcher schon Kenntniß von dem Diebstahl seines Kollegen hatte, ließ den Flüchtigen sofort verhaften und schon mit dem nächsten Zuge wurde U. nach Leipzig zurücktransportirt. Von dem unter-schlagenen Betrage, 100 000 M., fehlten nur 140 M.

Nach einem weiblichen Einbrecher sahndet gegenwärtig die Kriminalpolizei. Vorgestern Nachmittag in der fünften Stunde wurde die in der Weberstraße belegene Wohnung eines Fräulein Weimann durch gewaltsamen Einbruch geöffnet und 40 M. in baarem Gelde, zahlreiche Gold- und Schmucksachen, Kleidungsstücke u. s. w. gestohlen. Als der That dringend verdächtig gilt eine Frauensperson, welche sich zu dieser Zeit in dem genannten Hause aufgehalten und von Bewohnern desselben gesehen worden ist.

Aus Verzweiflung hat der 30 Jahre alte Gastwirth Karl Oldenburg aus der Mantensstr. 3 seinem Leben ein Ende bereitet. Er war seit etwa anderthalb Jahren von einem Weiden heimgekehrt und hatte wiederholt die Heuherung sollen lassen, daß er daran zu Grunde gehen werde. Schließlich wurde er von Verzweiflung und Säuermuth befallen und entfernte sich am Montag Morgen aus dem Geschäft. Eine Anzeige der Ehefrau bei der Polizei blieb ohne Erfolg. Nun wurde am Mittwoch Nachmittag gegen 2 Uhr die Leiche eines Mannes an der Kottbusser Brücke von Schiffen gelandet. In ihr ist Oldenburg erkannt worden. Es ist derjenige Mann, dessen Kleider am Dienstag Morgen am Maybacher Ufer von einem Schützmann gefunden wurden.

Ein räthselhafter Selbstmordversuch wird vom Lehrter Bahnhof gemeldet. Am Mittwoch Nachmittag um 5 1/2 Uhr erschien dort eine Dame, die eine Fahrkarte S. Kl. nach Hamburg haben wollte, aber wieder fortlief, nachdem sie erfahren hatte, daß der nächste Zug erst um 11 Uhr 25 Min. Abends abgehe. Kurz vor 11 Uhr kehrte sie zurück, löste die Fahrkarte und nahm in dem Wartesaal 3. Klasse Platz. Später bestieg sie eine leere Abtheilung, aus der sie jedoch von dem Schaffner entfernt wurde, da sie an der linken Hand stark blutete. Sie hatte sich die Pulsader mittels eines kleinen Taschenmessers durchschnitten, um unterwegs zu verbluten. Nachdem sie nun die Wunde mit einem Taschentuch umwickelt hatte, suchte sie den Wartesaal 4. Kl. auf, verlangte ein Butterbrot und benutzte das dazu erhaltene Messer, um sich nochmals die Pulsadern an der linken und dann auch die an der rechten Hand mit Witzesschnelle zu durchschneiden. Sie verfiel infolge des Blutverlustes in Bewußtlosigkeit und wurde noch einem Krankenhause gebracht. Hier hat sie sich in einem lichten Augenblick für die Verkäuferin Rosa Rißmann ausgegeben, die bei einem Kaufmann Klaus, Piesnerstr. 17, gewohnt habe. Dies hat sich nicht bestätigt und man sieht daher vor einem Räthsel.

Die von dem künftigen Post-Assistenten Georg Ulrich in Leipzig unterschlagene, in Werthbriefen enthaltene Summe beziffert sich auf 150 000 M. Das dienstliche Verhalten des Beamten war nach einer Mitteilung des „Leipz. Gen.-Anz.“ bis zu der That ein durchaus tadelloses, was schon aus dem Umstande hervorgeht, daß seine Stellung eine sehr verantwortungsvolle war und ein unbedingt Vertrauen auf seine Redlichkeit voraussetzte. Ueber die Motive der That ist noch nichts Näheres bekannt, wahrscheinlich ist, daß seine Vermögensverhältnisse in Unordnung gerathen waren; möglich ist auch, so schreibt ein hiesiges Blatt, daß er beim Anblick der bedeutenden Beträge einer augenblicklichen verdrehten Reizung Folge leistete.

Polizeibericht. Am 23. d. M. Mittags wurde im Landwehrkanal, bei der Kottbusserbrücke, die Leiche eines Mannes aufgefunden. — Nachmittags starb im Krankenhause Moabit ein Arbeiter infolge von Verletzungen, die er am Abend vorher an der Gohlfeldbrücke bei einem Ueberfall durch einen unbekanntem Mann erlitten zu haben behauptet. — Hinter dem Grundstücke Holzmarktstraße 22/23 wurde in der Spree die Leiche eines Knaben angeschwemmt. — Abends wurde im Landwehrkanal, gegenüber dem Grundstücke Kottbusser Ufer 49, ein Mädchen im Wasser treibend bemerkt, von Schiffen herausgezogen und nach dem Krankenhause gebracht. — In der Nacht zum 24. d. M. durchschnitt sich eine Frau im Wartesaal des Lehrter Bahnhofes mit einem Taschenmesser die Pulsader an der Hand und verletzte sich so schwer, daß ihre Ueberführung in die Charité erforderlich wurde. — Im Laufe des Tages fanden zwei Brände statt.

Witterungsübersicht vom 24. Mai.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur (nach Celsius) (0° C. = 40° F.)
Swinemünde	771	NO	4	heiter	10
Hamburg	772	D	3	wollenlos	12
Berlin	770	NO	3	heiter	10
Wiesbaden	766	NO	3	bedeckt	12
München	764	NO	6	bedeckt	12
Wien	766	ONO	2	bedeckt	12
Saparanda	773	NO	2	bedeckt	6
Petersburg	763	ONO	4	Regen	4
Corf.	773	D	4	heiter	13
Aberdeen	775	ONO	2	heiter	11
Paris	764	ONO	2	bedeckt	11

Witterung in Deutschland am 24. Mai, 8 Uhr Morgens.
Bei hohem, an der Nordsee 770 Millimeter übersteigendem Luftdruck und ziemlich lebhaften nördlichen Winden herrscht heute längs der ganzen Küste und im größeren Theile des norddeutschen Binnenlandes heiteres, trockenes und klares Wetter. In Süd- und Mitteldeutschland ist der Himmel zwar noch bewölkt, doch haben auch hier die Regenfälle aufgehört. Infolge der gesteigerten nördlichen Ausstrahlung ist im Nordosten die Morgen-temperatur etwas gesunken; sonst ist dieselbe in Norddeutschland ein wenig gehiegen, doch erreicht das Thermometer heute früh erst zu Vorkum 10° C.

Wetter-Prognose für Freitag, den 25. Mai 1894.
Trockenes und vorwiegend heiteres, etwas wärmeres Wetter mit frischen östlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Bohmeyer. Sitzung vom 22. Mai.

Der Maurer R. verlangt vom Bauunternehmer Hartwich unter dem Namen „Nestlohn“ 57,06 M. Der Kläger will mit 39 M. Wochenlohn als Polier engagirt gewesen sein, während seiner vierwöchentlichen Thätigkeit bei H. aber die Arbeitsstunden nur mit 65 Pf. bezahlt erhalten haben. H. giebt zu, auf das Verlangen des Klägers nach 39 M. Lohn eingegangen zu sein; jedoch habe er die Vereinbarung so aufgefahst, daß er pro Stunde 65 Pfennige zahlen und dies bei zehnständiger Arbeitszeit für die Arbeitswoche 39 M. ausmachen solle. Kläger habe — was dieser nicht bestrittet — aber oerschiedene Tage (einmal eine ganze Woche) ausgefehst, wofür er natürlich nicht bezahlt worden sei. Aus der Klagebegründung des Klägers geht hervor, daß er beim Engagement, als der Beklagte auf seinen Vorschlag ihm 39 M. versprach, in der Annahme lebte, jede Woche ohne Rücksicht auf die geleisteten Arbeitsstunden 39 M. beanspruchen zu dürfen. Da so festgestellt war, daß jede Partei je nach ihrer persönlichen Auffassung sich besondere Vorstellungen von der getroffenen Vereinbarung gemacht und danach gehandelt hatte, außerdem aber noch festgesetzt wurde, daß der Kläger feiz ohne Murren die ihm gewordene Bezahlung entgegennahm, wurde derselbe ab-gewiesen. Der Gerichtshof hielt die Auffassung des Beklagten für am meisten im Einklang mit dem im Baugewerbe üblichen Gepflogenheiten.

Kammer I. Vorsitzender Assessor Hellwig. Sitzung vom 23. Mai.

Der Schneidermeister Frankfurter klagt gegen den Schneider R. auf Schadenersatz in Höhe von 40 M., weil ihn dieser angeblich 14 Tage vor Ostern „im Stich gelassen“, d. h. ohne Kündigung verlassen hat. R. erhebt Widerklage, behauptet, er sei entlassen worden, und zwar zu Unrecht. Außer einer vier-zehntägigen Lohnentschädigung beansprucht er 15 M. rückständigen Lohn. Frankfurter giebt an, den Lohn einbehalten zu haben, um sich des Beklagten auf 14 Tage (die Kündigungsfrist) zu versichern. Eine als Zeugin vernommene Arbeiterin Frankfurter's hat gehört, wie dieser zu dem Beklagten sagte: Sie bekommen ihren Lohn, aber erst nachdem Sie Ihre vierzehn Tage ab-gearbeitet haben. Der Vorsitzende macht den Vorschlag, die gegenseitigen Forderungen zu kompensiren und einen Vergleich zu schließen. Der Kläger will darauf eingehen, der Beklagte Schneider jedoch nicht. Derselbe wurde verurtheilt, die Kosten des Prozesses zu tragen und mit seiner Gegenklage abgewiesen. Der Gerichtshof war der Meinung, daß der Beklagte und Widerkläger nicht entlassen, ist, sondern die Arbeit verlassen hat. Da der Kläger und Wider-beklagte Frankfurter sich mit einer Kompensation einverstanden erklärt hatte, sah der Gerichtshof von einer weiteren Verurtheilung des Schneiders R. ab.

Kammer VI. Vorsitzender: Assessor Leo.

Der Restaurateur Kochmann beansprucht von dem Kellner M. an verauslagtem Lohn für einen Kellnerburschen, und an verauslagtem Einschreibegeld für die Krankenkasse 9 Mark 30 Pf. Der Kläger behauptet, den Beklagten unter der Bedingung angenommen zu haben, daß er einen Kellnerburschen entlohne, dem der Kläger Kost und Logis geben wollte. Der Beklagte habe auch im ersten Monat dem Burschen das Geld gegeben. Auf Aufforderung habe er vor seinem Abgange — er hatte mittlerweile gekündigt — sich auch zur Zahlung des Lohnes für den zweiten Monat bereit erklärt, sei aber dem nicht nachgekommen. Und so habe er, der klagende Restaurateur, für den Beklagten eingetreten und seinem, des Klägers, Kellnerburschen den Lohn geben müssen. (Armer Mann! Armer Mann!) Der Beklagte giebt, wenn auch nur indirekt zu, mit dem Kläger die von diesem behauptete Vereinbarung getroffen zu haben; er entzätet sich aber darüber, daß er, der keinen Lohn erhielt, von seinem Tringeld-ertrage den Kellnerburschen des Klägers bezahlen sollte. Der Vorsitzende rügt das Engagementsverhältnis zwischen den Parteien mit Bezug auf die Bezahlung des Kellnerburschen durch den Kellner als „mindestens nicht schön“, als „sein äußerstes Mißfallen erregend“ u. s. w. Der Kläger läßt sich nicht zum gänzlichen Falllassen seines Anspruchs bewegen, ermäßigt aber schließlich den Betrag auf 4,50 M., zu deren Zahlung der Beklagte verurtheilt wurde. In der Begründung verwies der Vorsitzende auf seine vor der Beratung geäußerte Meinung als derjenigen des ganzen Gerichtshofes, der jedoch aus juristischen Gründen so habe urtheilen müssen, wie geschehen. Die Vereinbarung, daß der Beklagte den Burschen des Klägers zu entlohnen habe, sei nach der Beweisführung als wirklich getroffen anzusehen; Beklagter hatte sie zu erfüllen.

Kann ein Hilsschreiber auf dem Polizeipräsidium bei achtzehn- bis zwanzigständiger Arbeitszeit ehrlich sein Leben fristen? Auf diese Frage giebt eine Gerichtsverhandlung Antwort, die sich am Donnerstag vor der IX. Strafkammer des Land-gerichts I abspielte. Vor derselben mußte am Ende eines langen matten Lebens der 67 Jahre alte Hilsschreiber Georg Bogtz erscheinen, um sich auf die Anklage des wiederholten Betruges zu verantworten. Der alte Mann ist, wie er versichert, vom Schicksal arg zerraut worden. Er ist Vater von acht Kindern und erstreute sich als Inhaber eines Zimmer-geschäfts außerhalb Berlins eines gewissen Wohlstandes. Ein großer Wasserchaden machte seinem Glücke ein Ende und er lag eines Tages ohne Subsistenzmittel auf der Straße. Die Fürsprache eines sehr hohen Beamten ermöglichte seine Beschäftigung als Hilsschreiber bei dem Polizei-präsidium. Obgleich die Seite Schreibwerk nur mit 6 1/2 Pfennig bezahlt wird, verstand es der alte Mann doch, seine Einkünfte auf der Höhe von 100 bis 120 M. zu erhalten. Er hat, wie er versichert, täglich 18 bis 20 Stunden geschrieben, wurde aber wohl trotz des eisernten Fleißes schwerlich solche Einnahmen erzielt haben, wenn er nicht seine Zukunft zu un-lauteren Mitteln genommen hätte. Zur Kontrolle der gelieferten Kanlei-Arbeiten wird ein Arbeits-Journal geführt. Den mit der Kontrolle beschäftigten Polizeisekretär, der die Kanleiarbeiten zu taxiren hat, fiel es auf, daß der alte Mann denn doch Leistungen aufwies, die über-menschlich waren. Er hatte beispielsweise an einem Tage ein Schriftwerk von 102 Seiten vorgelegt und ließ sich am Tage darauf schon wieder ein solches von gleichem Umfange taxiren. Das konnte nicht mit rechten Dingen zugehen. Der Beamte ging der Sache nach und stellte fest, daß der Angeklagte durch kleine Abänderungen der Nummer im Arbeitsjournal es zu Stande gebracht hatte, sich dieselben Exemplare von Schreibereien zweimal bezahlen zu lassen. Es konnten 27 Hälle eines derartigen Betruges nachgewiesen werden. Der Angeklagte versicherte, daß ihn nur die Noth zu seiner That ge-trrieben habe. Er sei im vorigen Jahre längere Zeit hin-durch an der Insuenza erkrankt, dadurch in seinem Erwerbe be-schränkt gewesen und habe nun in dieser fränkischen Weise ver-sucht, das Verlorene wieder einzubringen. Der Staatsanwalt verlagte dem Angeklagten kein Mißgefahl nicht; beantragte aber 4 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof hielt dieses Strafmaß für zu hoch und erkannte auf 2 Monate Gefängniß.

Auf die Thätigkeit des Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens war eine Privatbeschuldigungsklage zurück-zuführen, welche gestern vor der 144. Abtheilung des Schöffengerichts zur Verhandlung gelangte. Am 25. Februar d. J. erschien in der „Staatsbürger Zeitung“ ein Artikel, worin die Thätigkeit des obengenannten Vereins in abschätlicher Weise besprochen wurde. Es wurde u. a. darin behauptet, daß ein Angestellter des Vereins,

der Kanlist Eugen Kasimir, das Antisemitensokal von Bayer in der Kronenstrasse besucht habe. Er habe sich dort eines der ausliegenden antisemitischen Zeitbücher angeeignet, dasselbe dem Verein, der ihn beschäftigte, ausgehändigt und der letztere habe darauf gegen Bayer Strafantrag wegen Aufreizung zum Klassenhaß gestellt. Es wurde besonders auf den Refrain eines Liedes hingewiesen, welcher lautete: „Nehmt die ganze Juden-bande, werft sie alle in den Rhein!“ Der Staatsanwalt habe aber die Erhebung der Anklage mit der Begründung abgelehnt, daß der erwähnte Refrain wohl nicht ernst zu nehmen sei. Nun habe der Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens herausgefunden, daß der Liedertext nicht mit dem Namen des Verlegers verkehrt war, habe den Restaurateur Wager dieser-halb angezeigt und der letztere sei wegen Uebertretung des Pressgesetzes verantwortlich vernommen worden. In dem Artikel wurde der Besuch des Kasimir in der antisemitischen Restauration als die Thätigkeit eines Spions und seine An-zeigung eines Exemplars der Zeitbeise als Diebstahl bezeichnet. Wegen dieser Aeußerungen strengte Kasimir gegen den Redakteur der „Staatsb. Ztg.“, Dr. Otto Wachler, Privatklage wegen Verleumdung an. Der betreffende Ankläger lehnte zunächst die Erhebung der Anklage ab, die achte Strafkammer hielt aber die vom Strafantragsteller erhobene Beschwerde für begründet und ordnete die Erhebung d. der Anklage an. Im gestrigen Termine behauptete der Kläger, daß er nur zufällig in das Bayer'sche Lokal gekommen sei und dort von der Wirthin ausdrücklich die erbetene Erlaubniß erhalten habe, ein Exemplar mitzunehmen. Der Zeuge Wager belandete, daß am Eingange zu seinem Lokal ein Zettel angelebt sei, der keinen Zweifel über den Charakter des Lokals lasse. Die Zeitbücher seien leihweise für seine Gäste bestimmt und der Kläger habe sich jedenfalls durch die Verschweigung, daß er in jüdischem Dienste stehe, einer Täuschung schuldig gemacht. Der Beklagte begründete hierauf seinen Antrag auf Freisprechung. Es sei nicht glaublich, daß der Kläger, der schon drei Monate in den Diensten des Vereins stand, das antisemitische Lokal nur als harmloser Gast be-sucht habe, seine Thätigkeit müsse als die eines Spions be-zeichnet werden. Ebenso sei der Vorwurf des Diebstahls ein ge-rechtfertigter, denn der Kläger habe sich widerrechtlich in den Besitz eines Exemplars gefeßt. Es würde ihm nie die Mitnahme gestattet sein, wenn es nicht als selbstverständlich angesehen worden sei, daß man einen Antisemiten vor sich habe. Damals sei die Notiz durch die Blätter gegangen, daß ein Mann wegen Diebstahls verurtheilt worden sei, weil er drei Streich-hölzer aus einem Lokale mitgenommen hatte und Thatsache sei ferner, daß der Schriftsteller Schwenn-hagen wegen Diebstahls verurtheilt wurde, weil er in der Gumpelchen'schen Konditorei ein Stück einer Zeitung mitgenommen hatte. Unter diesen Umständen müsse auch das Verhalten des Klägers als Diebstahl bezeichnet werden.

Nach längerer Beratung sprach der Gerichtshof den Be-klagten frei, da seinen Ausführungen im Wesentlichen bei-getreten werden müsse. Der genannte Verein wird gegen das Urtheil Berufung einlegen.

Ist der Cancan moralwidrig? Wohl selten werden die Kaufleute, die als Richter beim Antwerpener Handelsgericht fungiren, sich an einer Sache mehr ergötzt haben, als sie es in dem Prozeß gethan, welchen sie gestern zu entscheiden hatten. Angeklagter war ein Kaufmann H., welcher auf der Antwerpener Ausstellung einen Juwelenladen inne hat, wofür er Wiener Baaren verkauft. Klägerin ist ein hübsches junges Mädchen, Frä. Emmy Bauer, eine Organistin, die kürzlich das Wiener Ballet verlassen, um auf der Antwerpener World's Fair die Baaren des Kaufmanns H. zum Verkauf zu bieten. Kaum ist die Ausstellung eröffnet und schon ist Frä. Emmy Bauer mit ihrem Ehe nicht mehr eins, und zwar aus folgendem Grunde: In unmittelbarer Nähe der Bude, wo Fräulein Bauer schmachtend und lächelnd die Käufer erwartet, befindet sich ein Zigeuner-Orchester, welches den ganzen Nachmittag seine verführerischen Klänge hören läßt. Nun ereignete es sich, daß am Tage der Er-öffnung, nachdem die Wienerin den ganzen Tag den Klängen des Orchesters den tugendhaftesten Widerstand geleistet, sie Abends nicht länger standhielt; in einem Nu war sie aus ihrer Bude gesprungen und hatte vor einem erwählten und entzäteten Zu-schauerkreise einen höllischen Cancan zu tanzen begonnen! Daher der Streit und die Klage. Kaufmann H. behauptend, er habe Fräulein Emmy Bauer engagirt, nicht um den Cancan, „einen moralwidrigen Tanz“ zu tanzen, sondern um Juwelen zu verkaufen, entließ sie am andern Morgen aus seinem Dienste. Die energische Tänzerin ließ sich jedoch diese Behandlung nicht gefallen und ver-flochte Herrn H. sofort auf Erfüllung des mit ihr vereinbarten Kontraktes. Sie hatte monatlich 300 Fres. und dazu noch eine Lantime von den durch sie gemachten Geschäften erhalten sollen. Sie verlangte also den begonnenen Monat, eine Entschädigung für den Verlust des wahrcheinlichen Gewinns, schließlich einen Monat Gehalt als Entschädigung wegen der unbefugten Kündigung. Vor dem Gericht entspann sich unter den Advokaten beider Par-teien eine würige und pikante Diskussion über die Frage, ob der Cancan, wie es Kaufmann H. behauptet, ein moralwidriger Tanz sei oder nicht. In seiner Weisheit hat das Handelsgericht ent-schieden: „Die Thatsache, daß ein junges, hübsches Mädchen ihr Kleid aufschürt, um den wohlbekannten Tanz Cancan zu tanzen, ist an und für sich kein moralwidriges Vergehen, das Cancan-tanzen sei eine in Zingel-Längeln, wie dem „Wiener Proter“ (auf der Antwerpener Ausstellung) oft gesehene Produktion; dieser Tanz übe sogar eine besondere Anziehungskraft auf die gewöhn-liche Rundschaff solcher Vergnügungsorte aus, ein Schaden sei daher für Kaufmann H. durch die Handlung des Fräulein Emmy Bauer nicht entstanden, die Kündigung sei als ein Kontraktbruch anzusehen.“ Kurz, Fräulein Emmy Bauer erhält die verlangten 300 Fres. für den begonnenen Monat und statt jeder anderen Vergütung. Mit Applaus wurde das Urtheil des Handelsgerichts durch die zahlreiche Zuhörerschaft begrüßt. Die Tänzerin selbst aber verließ den Gerichtssaal trauernd und tanzend zur Verhöhnung des allzu strengen Kaufmanns H.

Soziale Ueberlicht.

An die Zinkgäher und Stürzer Berlins und Umgegend!
Kollegen! Gemäß dem Beschlusse der öffentlichen Ver-sammlung vom 20. März 1894 haben wir den 1. Mai gefeiert. Und weil die Kollegen der Firma Welt Nachf., Inh. Winkler, und Stooß Nachf., sich diesem Beschlusse ebenfalls fügten, wurden dieselben grunddessen vom 2. Mai ab ausgeperrt. Da Herr Winkler sich bis jetzt in Verhandlung durchaus nicht eingelassen hat, sich aber nicht scheute, unter dem Deckmantel einer fremden Firma Arbeitskräfte für seine Fabrik zu erlangen versucht hat und es ihm auch gelungen ist, sogenannte Kurtsler heranzuziehen, mit denen der profitwollige Bourgeois für die Dauer nicht auskommen kann; da es in dieser Verklart von jeder auf die größtmögliche Ausbeutung der Arbeiter abgesehen war, was Ihr auch alle nicht und wie namentlich der Werksführer Haxpiel mit den grünen Privoisitäten zu Tage tritt, welche jeder Be-schreibung spotten, indem er von den Gießern verlangte, täglich eine Viertelstunde vor der in der Fabrikordnung angegebenen Arbeitszeit anzufangen unter dem Hinweis, wer sich diesem nicht fügt, entlassen ist; so eruchen wir die uns noch fern stehenden Zinkgäher, sich mit uns in diesem gerechten Kampfe solidarisch zu erklären und vor allen Dingen den Zugang fern zu halten. In nächster Zeit findet in dieser Angelegenheit eine öffentliche Versammlung statt, worauf wir alle Kollegen schon jetzt aufmerk-sam machen.
Mit kollegialem Gruß
Die Werksfakt-Kontroll-Kommission.
Der französische Eisenbahnarbeiter-Kongress ist am 24. Mai eröffnet worden.

Versammlungen.

Für Adlershof und Umgegend fand am 22. Mai eine Volksversammlung statt. Genosse Dr. Jabel behandelte in einem interessanten Vortrage die Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege, darlegend, wie dieselbe in der kapitalistischen Gesellschaft ist und wie sie sein sollte, um Staats- und Stadtbürger vor abwendbaren Gesundheitschädigungen zu schützen. Redner beleuchtete im Anschluß hieran die Tätigkeit der Berliner Arbeiter-Sanitätskommission, deren Erfolge er nicht überschätzt wissen wollte; sie erstrecke sich nur, was die bürgerliche Gesellschaft anderwärts selbst, z. B. in England, in der Gestalt der Gesundheitsaufseher geschaffen. Nachdem der Redner die Wohnungen, in denen die meisten Arbeiter zu hausen gezwungen sind, als den Anforderungen der Hygiene nicht entsprechend gekennzeichnet hatte, drückte er seine Freude darüber aus, daß auch die Adlershofer Genossen eine Sanitätskommission gebildet haben. Er hoffe, daß dieselbe in ebenso rühriger Weise wie die Berliner Kommission arbeite und wie diese durch die Appellation an die Öffentlichkeit, ihrem einzigen Kampfmittel, zu Erfolgen gelangen möge. (Beifall.) — Genosse Jabel hatte auch das Referat zum letzten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Arbeiter Adlershofs zum Brauerei-Boycott?“ übernommen. Er hielt dieses auf Wunsch gleich nach dem ersten Vortrage. Den Versammelten die bekannnten Vorgänge, welche den Boycott herbeiführten, vortragend, trat er für die Anerkennung des Boycotts durch die Versammlung ein. Seine diesbezüglichen Ausführungen fanden lebhaften Anklang. Bevor in die Diskussion eingetreten wurde, erhaltete Genosse Baumann den Bericht der Arbeiter-Sanitäts-Kommission. Derselbe enthielt eine ganze Reihe von groben Mißständen, welche die Kommission in den Häusern mehrerer Straßen und vornehmlich auf den Höfen gefunden hat. Die hauptsächlichsten sind: Verunreinigung der Höfe durch allerlei Abfall; damit in Verbindung stehend, Verforgung der Mieter mit „aruchigem“ Brunnenwasser, ungenügende Wohnräume, hier und da verpilzte Wände u. s. w. Es wurde von der Versammlung der Beschluß gefaßt, den gegebenen Kommissionsbericht mit einigen Ergänzungen im Volksblatt für Teltow-Weeslow zu veröffentlichen und laufend Exemplare der betreffenden Nummer zur Verbreitung in Adlershof anzulassen. — Mit Bezug auf den Boycott äußerten sich mehrere Genossen im Sinne des Referenten. Einige Redner traten dafür ein, während des Boycotts überhaupt kein bayerisches Bier zu trinken. Die Versammlung nahm einstimmig die in Friedrichshagen gefaßte

Resolution (siehe Versammlungsbericht in Nr. 115 des „Vorwärts“) an, welche im Sinne der Berliner Boycott-Resolution gehalten ist. Darauf wurden die Genossen Malik, Abelung, Reichert, Schulzer, Fiedler und Böker zu dem Zweck gewählt, im Verein mit der Lokalkommission eine Boycott-Kontrollkommission zu bilden. — Mitgeteilt wurde, daß sich der Grünrambändler Rufsig und der Kaufmann Bindner nicht davon abbringen lassen wollten, boykottiertes Bier zu führen, und daß die Gastwirthe Göhle und Schwabe boykottiertes Bier schänken. Schließlich beschloß man noch, den Ueberschuß der sorgfältigen Zellerfassung den Gemäßregelten aus dem Kuhnheimschen Streit zu übermitteln.

Vermischtes.

Explosion. Aus Krakau wird vom Donnerstag berichtet: Mehrere Soldaten, die aus dem Güterchuppen der Nordbahn zwecklos für ihr Regiment abholen wollten, kamen mit brennenden Zigaretten in die unmittelbare Nähe eines Spiritusfasses, welches explodirte. Sechs Soldaten wurden schwer verwundet.

Vor dem Schwurgericht in Kasan erschien am 12. d. M. ein wirklicher Fürst als Mörder, der, nur weil er Fürst ist, mit siebzehn Jahren Zwangsarbeit davon gekommen ist. Der hochgeborene Herr, der auf den Namen Malsonor hört, wurde überführt, das Ehepaar Kugurow ermordet und beraubt und dann das Haus desselben in Brand gesetzt zu haben, um die Spuren seines Verbrechens aus der Welt zu schaffen.

Briefkasten der Redaktion.

Gegenüber den vielen in den letzten Tagen, besonders auch von interessirter Seite — Wirthe und Brauer — an uns gelangten Zuschriften, betonen wir wiederholt, daß Unterhandlungen in Boycott-Angelegenheiten nur durch die Boycott-Kommission-Adresse: J. Auer, Berlin SW., Rahbachstraße, geführt werden. Alle bezüglichen Zuschriften bitten wir deshalb nur dahin zu richten.

Ab. in Strik. Das Unternehmen hat mit der Partei direkt nichts zu thun. Wir wollen mit der Stellungnahme zu dem Unternehmen warten, bis mehr Hefte vorliegen.

Holoff. Wenn sie fünf Beitragsjahre hindurch Beiträge gezahlt hat, noch keine Rente empfängt und binnen 3 Monaten nach der Verheirathung bei der Versicherungsanstalt die Ansprache geltend macht, erhält sie die Hälfte ihrer Beiträge zurück.

C. W. Der Wirth ist nach den stattgehabten Erklärungen nicht berechtigt, sogleich auf Ermäßigung zu klagen. Er kann aber verlangen, daß Sie vom nächsten Ersten ab pünktlich zahlen und, wenn Sie dies nicht thun, Sie ermitteln.

Briefkasten der Expedition.

Für die **Verarbeiter Oesterreichs** gingen ein: M. Enders 3.—, Dr. L. 5.—. Von den rothen Buchbindern in der Grünstraße 20.—.

Für die **Brauerei-Arbeiter** gingen ein: Herzog, Bückerstr. 10.—. Glücklich 8.40. Gef. in der Hütte 2.40. Diskutirklub „Zeitgeist“ 5.—. Arbeiter der Genossenschafts-Bäckerei „Vorwärts“ 5.—. Pianofabrik Wölke u. No. 9.50. W. H. Dr. 8.60. Puffertolonne Kühn 8.—. Die Rothen Alte Jakobstr. 118 3.50. Weigel, Leipzig 2.—. S. G. D. durch Worlich 7.40. Summa 69.60 M.

Das Bureau der Brauerei-Arbeiter befindet sich Blumenstraße 38.

Für die **Wiener Tischler** gingen ein: Werkstätte Bantlge, Postenstr. 29 2.90. Werkstätte von Löhle, Pichtenbergstr. 5 8.25. Werkstätte Neumann, Rahbach-User 7.00. Werkstätte Boruthstr. 15 5.50. Von den Kollegen der Tischlerei Haberland, Krausenstraße 9.15. Drechsler, Tischler und Stellmacher, Große Frankfurterstraße 138 2.50. Tischlerei F. Mär, Alte Jakobstraße 20 3.—. Vom Gesangsverein „Nordwacht“ 100.—. Hünning (Elsah) 10.—. Gesammelt in der Tischlerei Schönhauser Allee 141 (Hempfl u. Müller) 10.40. Tischlerei Lilienthal, Dranienstraße 174 6.—. Bau-tischlerei Hirschmüller u. Großkopf 5.—. Tischlerei Janisch, Grüner Weg 28 3.—. Von den Tischlern der Werkstätte Herzog in Friedenau 6.85. S. G. D. durch Worlich 7.45. Summa 187.— M. Vereins quittirt 926.25, in Summa 1119.25 M.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts“. Plauen i. V., 24. Mai. (10 Uhr 5 Minuten.) Bis jetzt Gerisch 8284, Uebel 4134, Schubert 1583, Schwarze 1439.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Sonnabend, den 26. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wienecke, Alte Jakobstr. 83:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Wenzel über: Die Eigenthumsbestie. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 294/19
Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.
NB. Diejenigen, welche noch nicht von den letzten Vergünstigungen abgerechnet haben, werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ebenfalls findet die Ausgabe der Billets zu der am 23. Juni stattfindenden Dampfer-Nachtpartie nach Wilhelminenhof statt.

Metallarbeiter!

Oeffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von **Schöneberg u. Umgegend**

Sonntag, den 27. Mai, Vormittags 11 Uhr, in **Jakob's Salon, Schöneberg, Grunewaldstr. 110.**

Tages-Ordnung:
1. Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. 2. Eventuelle Gründung einer Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 3. Verschiedenes. 493/11
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen der Metallarbeiter und Arbeiterinnen, namentlich auch derjenigen der umliegenden Orte Schöneberg, ersucht
Der Einberufer.

Charlottenburg!

Oeffentliche Versammlung

am Sonnabend, den 26. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in der **Brauerei Gambrius, Wallstrasse No. 95.**

Tages-Ordnung:
Die Zulassung des Naturheilverfahrens in den Krankenkassen. Alle Mitglieder der Orts- und Freien Hilfskassen sind eingeladen.
Der Einberufer.

Zentral-Franken-

und Begräbniskasse der Buchbinder.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, 26. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in **Volks' Festsaal,**

Alte Jakobstraße 75:

Außerordentliche Haupt-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl von 5 Delegirten zur General-Versammlung in Nürnberg. 2. Stellungnahme zu den Anträgen. 3. Verschiedenes. 459/5
Quittungsbuch legitimirt. Die Ortsverwaltung.

Färber, Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter

und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 27. Mai, Vorm. 10 Uhr, in **F. Wilke's Restaurant**

„Für Gleichheit“, Andreasstr. 26:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Vortrag über: Die Chartistenbewegung in England. Referent: Genosse P. Jahn. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 469/7
Der Vorstand.

Achtung! Steinarbeiter Achtung!

Berlins und Umgegend.

Große öffentliche Versammlung

am Sonntag, den 27. Mai, Vorm. 10 Uhr,

im Lokale des Herrn Müller, **Johannisstraße Nr. 20.**

Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zur Unterstufung der ausgeperrten Brauereiarbeiter. 2. Berichterstattung der Agitations-Kommission. 3. Beschlußfassung über die noch zurückenden Kollegen. 4. Verschiedenes. 293/18
Es wird jeder Kollege dringend ersucht zu erscheinen.

Der Vertrauensmann. **Josef Buchmann, Wilsbald-Meyerstr. 39.**

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Sonntag, den 27. Mai 1894, Vormittags 10 Uhr:

2 Bezirks-Versammlungen

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

1. Für den Süden und Südosten: 428/17

in **Bickel's Pomerthaus (früher Furth), Hasenhaide Nr. 52/53.**

2. Für den Norden und Nordosten:

im **Lokale des Herrn Nagel, Schwedterstraße Nr. 23.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.

Die Kameraden obengenannter Bezirke werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Zutritt hat jeder Zimmerer.

Der Vorstand.

Schmargendorf.

Sonnabend, den 26. Mai 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant

„Sanssouci“, **Ruhlaerstraße: 481/4**

Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Bayerisch-Bier-Boycott. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

Frucht-Bäfte

Simbeer-, Birsch-, Johannisbeerfaß, vorzüglich, Literflasche 1,30 Mk.

Eugen Neumann & Co., 781 M

6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,

Berlin, 1. Gesch.: **Andreasstr. 23, S. vt.,** gegenüb. Andreaspl

2. Gesch.: **Braunestr. 95,** gegenüb. Humboldtshain

Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Muster-

stattet 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß

ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

Künstl. Zähne, festsetzend, unt. Garantie. Plomben 1.50. Schmerzlos. Zahn- und Nervtöden 1 M. Theilzahlg. Zahnarzt **Wolff, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 7-8.**

Jägerhaus, Schönhauser Allee Nr. 103.

Inhaber: **Wilhelm Schmidt.**

Jeden Sonntag: **Frei-Konzert und Gall.** Großer schattiger Garten.

4 Regelpahnen. Kaffeeküche von 1 Uhr ab geöffnet. 175L*

In **Roh-Tabaken**

und **Utensilien** für

Cigarren-Fabrikanten

!! billigster

Einkauf!!

W. Hermann Müller

Berlin **Neue Friedrich-Strasse 9.**

Streng reelle Bedienung.

Creditgewährung!

nach Uebereinkunft!

Ein Jeder mache den Versuch.

Musik-Instrumente.

Alle Blase-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielböden zum Drehen u. selbstspielend. Musik-Automaten fertig

Aug. Kessler, Tauentierstr. 51.

Kleiderspind und **Vertikow,** nubb., spottbillig. Oranienstraße 159, 3 Tr. rechts. 888b

Sophastoff-Reste

in **Rips, Damast, Cröyr, Fantasie, Gobelin, Plüsch** und bunten **Morquets** spottbillig!

Proben franko! 5150L*

Emil Lefevre, Berlin S.,

Oranienstraße 158.

Holz- und Kohlen-Handlung

von **August Zick, 5840L***

Bückerstr. 51, im Hof.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 4435L*

am biefigen Blage wie bekannt

größte Auswahl!

Garantis für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliches im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 9.

Buchhandlung

des „Vorwärts“

Berlin SW.,

Beuthstrasse No. 2.

Sobien ist erschienen:

H. G. Tichernijewskij.

Eine literarhistorische Studie

von **G. Plechanow.**

392 Seiten 8°. Preis broch. 2.50 M.

geb. 3 M. — Porto 30 Pf.

Die russischen Verhältnisse der

Mitte unseres Jahrhunderts, die

Reformperiode unter Alexander II.,

den damaligen eigenartigen russi-

schcn Sozialismus schildert und

erklärt der Verfasser an der Hand

des historischen Materialismus.

Im zweiten Theil untersucht er

den utopischen Sozialismus an

der Hand der Marxistischen

Lehren und gestaltet die Dar-

stellung zu einem Kompendium des

wissenschaftlichen Sozialismus,

das an Schärfe, Klarheit und

Beweiskraft kaum übertroffen

werden dürfte.

Mur Güte mit Kontrollmarken.

Große Auswahl in Schirmen.

W. Wolff.

Ed-Destillation mit Vereinszimmer

Krantheit halber sof. bill. z. verkaufen

Stephanstr. 23. 9155*

Gr. Vereinszimmer Simeonstr. 23.

Vereinszimmer z. verg. Rheinsberger-

str. 42. 932b

Schlafst. f. Mädchen, Adalbertstr. 84,

4 Tr. Hegn. 928b

Genosse findet freundl. Schlafst. bei

Meier, Simeonstr. 29, 3 Tr. 931b

Zu vermietl. Etage u. Küche, sof.,

Umzugs halber, gegen Vergütung

(M. 20 pr. Monat). Ernst Neuge-

bauer, Zionskirchstr. 46, 3 Tr. vorn.

Fedl. Schlafst. f. J. (sep. Eing.) bei

Kleiber, Burgdorferstr. 1 v. 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger Schnitzzergelder

für geraden und schrägen Metall- und

Goldschnitt findet dauernde Beschäft.

bei guten Bedingungen in Kopenhagen.

Offerten sub **Vergolder 4079** an

Aug. J. Wolff & Co., Annoncen-

Bureau, Kopenhagen S. 7932R*

Justirer

auf **Cafelwaagen** sofort.

Reise vergütet. 2152*

O. Potrykus & Co., Bremen.

Lehrling auf Silberarbeit verlangt.

Adalbertstr. 62. 926b

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Arbeiter-Sanitäts-Kommission.

Wieder sind uns eine Reihe von Beschwerden zugegangen, die sich theils gegen widerhandlungsfähige Wirthe, die ihre Miether in gesundheitschädlichen Räumen schmachten lassen, um nicht durch Reparaturen oder zeitweiliges Leerstehen einer Wohnung die Grundlagen ihres Ueberschusses zu erschüttern, theils gegen die Arbeits- und Wohnräume der Angestellten in den Geschäften der Lebensmittelbranche richten. Es nimmt dies nicht Wunder, da bei den hier meistens vertretenen Bäckereien und Schlächtereien der Kleinbetrieb in seiner handwerksmäßigen Form der vorherrschende ist, und, wie bekannt, beruht, insolge des äußerst erschweren Wettbewerbs mit dem kapitalkräftigeren Konkurrenten, der Profit dieser Unternehmer fast einzig auf der intensiven Ausnutzung ihrer Angestellten einerseits und auf den möglichst hohen Ersparnissen an den Betriebskosten andererseits, zu denen ja die Kosten für Instandhaltung nicht nur der Arbeits- sondern auch der Wohnräume zu rechnen sind.

Da die Arbeiterklasse aber kein Interesse an der Erhaltung einer dem heutigen Daseinskampf nicht mehr gewachsenen Betriebsform hat, sondern nur bestrebt ist, die wirtschaftliche, moralische und gesundheitliche Lebenshaltung der Arbeiter selbst auf ein höheres Niveau zu bringen, so kann man zwar bedauern, wenn durch die Aufdeckung sozialer Schäden mancher sich gewiss selbst redlich mühende Kleinbürger getroffen wird, dessen persönliche Arbeitskraft in seinem Betriebe sicherlich mehr ins Gewicht fällt als die der meisten Großindustriellen, ändern läßt sich aber an dieser Thatsache nicht das geringste und unsere Pflicht ist es, auch diese Mißstände unmissverständlich an die Öffentlichkeit zu bringen.

Siedigstr. 1. Bäckerei von Mertens. 2 Meter unter dem Straßenniveau ein Schlafraum für 3 Personen von 1,60 Meter Breite, 5,40 Meter Länge und 2,33 Meter Höhe, so daß 2 Betten über einander stehen. Der Fuß fällt von den Wänden, Schlaf- wie Arbeitsräume sind baufällig und voller Ungeziefer, Mäuse und Schwaben. Im Backraum sollen die Mäuse am besten Tage auf allen Gegenständen herumlaufen.

Pflugstr. 6. Schlächtere von Wulst. Aus derselben waren uns im Februar große Mißstände gemeldet worden. Die unter dem Arbeitsraum befindliche Rauchkammer war in bei solcher Feueranlage vorschrittswidrigen Weise weder gewölbt noch mit Blech ausgeschlagen. Die Decke im Räucherfeller war zur Hälfte herabgefallen, so daß die Diefen des darüberliegenden Arbeitsraumes zu sehen waren, welche vom Schwamm zerfressen waren. Auf die Veranlassung unseres Kontrolleurs wandte sich der Schlächter an die Polizei-Baukommission, auf deren Einwirkung auch der Wirth die Räume in Ordnung bringen ließ. Der Arbeitsraum ist neu gedeilt und kann bereits benutzt werden. Unsere Inspektion des Räucherfellers zeigt uns aber eine Vor Spiegelung falscher Thatsachen, gegen die wir energisch Einspruch erheben. Die Decke ist mit Brettern verschalt, welche löchrig mit Rost bestrichen sind, so daß man es im ersten Augenblick für Holz hält. Die Diefen des Arbeitsraumes liegen daher nur 15 Zentimeter über der Feueranlage, ohne das dieser Zwischenraum mit Blech oder Schutz ausgefüllt ist, was eine Feuergefahr für das ganze Haus bedeutet. Eine Aenderung, meint der Kontrolleur, könne nur herbeigeführt werden, wenn der ganze Keller mit Blechblech ausgeschlagen wird.

Neue Königstr. 42. Konditorei von Mathiesius. Schlafraum des Lehrlings ein mit Steinen gepflasterter Vorraum ohne Luft und Licht. Schlafraum des Dienstmädchens in der Küche, in welcher bis Abends 11 Uhr stets Kaffee gekocht wird, so daß dort Abends bei geschlossenen Fenstern schlechte Luft ist.

Schlegelstr. 28. Seitenflügel parterre. Die Wohnung ist naß, die Wände mit Schimmel belegt, besonders die Treppentritt ganz weiß; die Tapete hängt herunter. Das Wasser läuft häufig von der Decke aus die Wand entlang, da der Fußboden in der 1. Etage defekt ist. Frau und Kind klagen über Kopf- und Halschmerzen.

Rixdorf, Berlinerstr. 133. parterre. In dem Zimmer nach dem Hofe zu ist der Fußboden vom Schwamm durchgefressen, die Schauerleisten völlig verfault, an den Wänden Schimmelbildung, am Fußboden stellenweis Pilze. Die Wohnung liegt nach der Straße zu nur 0,40 Meter unter dem Straßenniveau, nach dem Hofe zu aber 1,47 Meter, so daß bei Regenwetter nicht gelüftet werden kann, da das Wasser sonst in die Wohnung hineinfließt. Beim Eintreten in die Wohnung bemerkt man bereits den Schwammgeruch. Die Frau klagt über Gliederreihen, die Kinder über Kopfschmerzen. Der Wirth erklärt, nichts machen zu lassen.

Bergstraße 3. Seitenflügel 2. Eingang. Beide Kellerwohnungen sind an den nach dem Hofe gelegenen Außenwänden naß, der Fußboden defekt.

Im Anschluß an die soeben geschilderten Mißstände geben wir einer Beschwerde Raum, welche dadurch von den anderen abhebt, daß sie einer anderen Umgebung entstammt, zumal einer solchen, welche den Anspruch erhebt, erzieherische Wirkung auf ihre Insassen auszuüben. Es handelt sich hierbei um das

Magdalenenstift am Sädufer, eine Stiftung, welche gefallene Mädchen aufnimmt, um durch den Aufenthalt in ihren Räumen einen wohlthätigen Einfluß auf ihre körperliche und seelische Gesundheit auszuüben, auf daß sie sich keine Verheerung gegen die Sittlichkeit mehr zu Schulden kommen lassen. In dieser Stiftung sind nach eigener Angabe der Oberin nicht die Mittel für die einfachsten Vorschriften der Hygiene in bezug auf Desinfektion u. s. w. vorhanden. In 4 unter dem Hofe gelegenen Zellen, die auf der einen Seite 2 m hoch, auf der anderen nur 1,18 m hoch sind, bei einer Länge von 2,56 und einer Breite von 2,19, stehen 2 Betten für 2 Personen! Ein rundes Fenster von 36 cm im Durchmesser kann nicht geöffnet werden. Die einzige Lichtzufuhr besteht in einem Oberlichtfenster, das 17 cm breit und 34 cm lang ist. In der Rückwand im Keller ist ein Brunnen, welcher unbrauchbares Trinkwasser liefert, trotzdem wird es zum Kochen verwendet. Neben der Küche befinden sich in einer Kammer 5 einzelne Zellen, welche als Klosett dienen; in denselben sind die Wände feucht und der Fußboden so verfault, daß er große Löcher aufweist. In der Waschküche, in welcher 29 Personen beschäftigt sind, sind zwar Abzugsröhre für den sich entwickelnden Wasserdampf angebracht, doch sind dieselben zugebaut, so daß er sich seinen Weg durch Thür und Fenster suchen muß. Auf dem Hofe befindet sich 1 m vom Brunnen entfernt eine Senkgrube, welche von vier Mädchen gereinigt wird. Dieselbe, nicht desinfiziert, verbreitete einen sehr ablenkenden Geruch. Das Klosett, Sonnensystem, hat 4 Sitze, von denen 2 so defekt sind, daß man befürchten muß, hineinzufallen. Die Laternen werden

zwei Mal wöchentlich von den Mädchen geleert, der Inhalt im Garten als Düng verwendet. Wiederholt bedauerte die Oberin die geringen Einnahmen des Stifts, da nur sie der Grund für die sanitären Mißstände in denselben wären. Außer dem Ertrag der Wäsche würde durch die Privatwohltätigkeit nur sehr wenig aufgebracht, staatlicher Zuschuß wäre überhaupt nicht vorhanden. Als ob der Staat, der noch keine Bedenkung für seine Militärgesetze gefunden hat, gar etwas für die Gesundheit ständiger Menschenkinder ausgeben könnte! Die Bourgeoisie ist es, welche gesellschaftliche Lasten zurückführt auf persönliche Veranlassung, und insolge dessen solche Institute schafft, um dem Uebel zu steuern; die Bourgeoisie ist bei der Ausführung ihrer Reizepte aber so knauserig, daß diese frommen „Musteranstalten“ zum Spotte derer werden, welche sich anderen Gedanken über die Beilegung menschlichen Elends hingeben.

Für die Arbeiter-Sanitäts-Kommission gingen weiter ein: 9 M. von den Bohrgewerbetrieben, Lederzurichtern und Berufsgenossen.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Wütcher!

Das Bureau der ausländigen Wütcher befindet sich bei G. Heise, Lichtenbergerstraße 21. Die Unterführung wird vorläufig jeden Dienstag, von Vormittags 10 Uhr an dort ausgeführt. Die ausländigen Kollegen haben sich jeden zweiten Tag, versehen mit ihrem Buch, behufs Kontrolle einzufinden und zwar von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 5 Uhr. — Die von uns ausgegebenen Listen werden laut Vereinbarung mit der Kommission der Brauerei-Arbeiter eingezogen. An deren Stelle werden „Sammellisten“ der ausgesperrten Brauerei-Arbeiter Berlins und Umgegend“, mit dem Stempel der Gewerkschaftskommission versehen, ausgegeben. Jedoch ersuchen wir dringend jede Liste an die Stelle zurückzugeben, von welcher dieselbe entnommen ist. Die seitens der arbeitenden Kollegen für die Ausländigen bestimmten Unterführungen sind ausnahmslos an uns abzuliefern. — Außerdem erinnern wir nochmals jeden einzelnen der Kollegen an seine Pflicht, für die Durchführung des Boykotts mit allen Kräften einzutreten. Verdenkt was davon abhängt.

Die Lohnkommission der Wütcher.

An die Charlottenburger Parteigenossen!

Am Sonntag, den 27. d. M., Nachm. 2 Uhr, findet für Charlottenburg und Umgegend im großen Saale, Widmarkstraße, Wilhelmstraße 99, eine große öffentliche Polen-Versammlung statt, in welcher der Zweck der Organisation erörtert werden soll. In Anbetracht der schwierigen Agitation unter unseren polnischen Genossen sehen wir uns veranlaßt, an Euch die Aufforderung zu richten, mit allen Euch zu Gebote stehenden Kräften dafür zu wirken, daß diese Versammlung eine imposante werde. Parteigenossen! Wir alle wissen, daß gerade diese ärmsten unserer arbeitenden Brüder infolge ihres dürftigen Bildungsgrades einerseits als ihrer meist niedrigen Lebenshaltung andererseits die beliebtesten Versuchobjekte eines brutalen, profitgierigen Unternehmertums geworden. Wir alle wissen, daß diese künstlich auf einem niedrigen Niveau gehaltenen Lohnsklaven bei jeder Gelegenheit gegen die organisierte Arbeiterschaft ausgespielt werden, ohne je gewagt zu haben, wie schwer sie sich gegen Euch vergangen. Ist es da nicht endlich an der Zeit einzugreifen? Wollen wir den polnischen Genossen, die seit geraumer Zeit und keine Mühe scheuend die Bewegung unter den Arbeitern polnischer Nationalität in die richtigen Bahnen zu lenken versucht, unsere Hilfe verweigern? Durch unseren Einfluß, durch die Praxis in unserer Agitation ist es uns ein Leichtes, jetzt, wo die Wogen unserer Bewegung am höchsten gehen, wo es noch nicht zu spät, dem polnischen Bruder zur Seite zu stehen und ihn den Klauen eines deutegierigen und gewissenlosen Unternehmertums zu entreißen. — Wir hoffen, daß unserer Aufforderung nachgekommen wird, wie wir es von uns gewöhnt, wie wir es verlangen können, wir machen es Euch zur Pflicht, die mit Euch in den Verhältnissen, auf den Wägen und Fabriken arbeitenden Polen aufzuheben, sie es in die Versammlung zu führen, indem Ihr auf die Bedeutung der Tagesordnung hinweist, dann werdet Ihr den Kernstern der Armen, dem polnisch redenden Proletariate einen Dienst erwiesen haben, welchen sie Euch nie vergessen werden. Darum nochmals: Agitiert in Unger Weise, der Pole ist dankbar, wenn er nicht abstoßend, sondern als Bruder behandelt wird. Der Zweck wird dann erreicht und dem Ausbeutertum der echte Diegel vorgegeben, ferner den polnischen Arbeiter als seinen Beilegenen zu betrachten.

Die Vertrauensleute.

An die Genossen in Friedrichshagen richten wir die dringende Aufforderung, sich der einzigen politischen Partei-Organisation unseres Ortes, dem Allgemeinen Arbeiter-Bildungsverein, anzuschließen, damit der Verein in den Stand gesetzt wird, durch eine härtere Agitation immer mehr für die Klärung der Indifferenten zu wirken. Jeder zielbewußte Genosse wird wissen, daß mit der Abgabe des Stimmzettels die Pflichten eines Sozialdemokraten noch lange nicht erfüllt sind; unser aller Hauptarbeit muß sein: Agitieren und Organisieren, damit unsere Arme eine immer größere werde. Genossen! Trebet daher sämtlich unserem Vereine bei und erhebtet zu diesem Zwecke Mann für Mann in der nächsten Versammlung des Allgemeinen Arbeiter-Bildungs-Vereins für Friedrichshagen und Umgegend am Sonnabend, den 26. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Besale von Conrad, Friedrichstraße 134, in welcher Genosse Fritz Hansen über „Materialismus und Ethik“ sprechen wird.

Der Streik der Bildhauer Wiens dauert fort.

Der Streik der Bildhauer Wiens dauert fort. Doch weigt derselbe bei der Wahrung seines Endes entgegen. Da die Unternehmer zur Einsicht kommen, daß sie gegen die gerechten Forderungen der Gehilfen nicht länger Stand halten können, beschließen dieselben in der Meisterversammlung, daß der Streik der Bildhauermeister aufgehoben ist. Doch sollen die Meister trachten, Arbeiter womöglich zu neun Stunden zu bekommen, und wo dies nicht geht, die Stundenarbeit einzuführen.

Da diese beiden Punkte den Interessen der Gehilfen nicht entsprechen, dieser Schritt der Meister aber bereits einen halben Sieg bedeutet, so hoffen diese in kurzer Zeit mit ihren Forderungen zum endgültigen Siege zu gelangen.

Ein Wütcherstreik droht in Wilsen auszubrechen. Die Verwaltung des bürgerlichen Brauhauses hat den Wütchern, die

bei den Maschinen beschäftigt sind, den Lohn um 50 pCt. reduziert und statt des Tagelohnes soll der Akkordlohn eingeführt werden.

Auf die Mahnung der Arbeiter, es möge endlich der elfstündige Normalarbeitstag eingehalten werden, antwortete die Verwaltung mit der Entlassung von zwölf Gesellen. Die Wütcher beabsichtigen, am 30. Mai in Streik zu treten, wenn der alte Lohn nicht weiter gezahlt wird, wenn die Arbeitszeit nicht um eine Stunde verlängert und die gekündigten Genossen nicht beibehalten werden. Vor Zugung wird gewarnt!

Der Streik der Zimmerleute Danzigs dauert fort. Alle Einigungsversuche blieben bis heute erfolglos. Durch den Herrn Oberbürgermeister werden Einigungsversuche neuerdings angestrebt. Erfolg ist unwahrscheinlich. Zugung bisher nicht eingetroffen. Sofern genügend Unterstützung einläuft, ist der Sieg sicher. Eugen Sellin, Danzig, Ritterstr. 17.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Zum Bäckereistreik in Krakau wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ von dort gemeldet, daß die Mittheilung der „N. Fr. Pr.“ von der Beendigung des Streiks durchaus falsch sei, daß vielmehr 300 Bäcker im Streik ständen.

An die Vorstände der Zentralkomitee wendet sich die Generalkommission mit dem Ersuchen, ihr doch umgehend die statistischen Fragebogen über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften im Jahre 1893 zugehen zu lassen. Die Versendung der Fragebogen ist in diesem Jahre so spät erfolgt, damit die Vorstände genügend Zeit haben, um den Jahresabschluss machen zu können. Da die Ausstellung der Statistik, sowie die notwendigen Berechnungen längere Zeit in Anspruch nehmen, mit diesen Arbeiten aber erst begonnen werden kann, wenn sämtliche Bogen eingeleistet sind, so verzögern die Vorstände, welche die Bogen noch nicht eingeleistet haben, die Veröffentlichung ganz bedeutend. — Es ist das die gewöhnliche, wohl berechtigte Klage über die Unzeit einzelner Gewerkschaftsführer in dergleichen Dingen, eine Klage, von der man in England u. S. nichts hört.

Der 2. sächsische Konsumvereins-Lagerhaltertag fand am 2. Pfingstfesttag in Dresden statt. Zu demselben waren 77 Lagerhalter aus 32 Konsumvereinen eingetroffen. Aus dem Bericht ging erfreulicherweise hervor, daß sich seit dem vorjährigen Lagerhaltertag schon vieles gebessert hat, in vielen Vereinen hat man bereits die härtesten Bestimmungen, was Arbeitszeit, Kontrakte u. s. w. betrifft, geändert und in anderen Vereinen ist man im Begriffe, Besserungen vorzunehmen. Es sind dies die erfreulichsten Folgen der Organisation; ohne eine solche und ohne öffentliche Bepfehlung der bestehenden Mißstände wäre wohl in manchen Vereinen sobald noch keine Aenderung eingetreten. Den 2. Punkt der Tagesordnung füllte der vom Kollegen Schmidt-Zwickau vorgelegte Kasernenbericht aus. Eine Debatte hierzu fand nicht statt. Zum 3. Punkt wurden eine Reihe von Anträgen debattiert und unter anderem beschlossen, den nächsten Lagerhaltertag Osnabrück 1895 in Zwickau stattfinden zu lassen. Als Vertrauensmann wurde Grenz-Ghemnig, und als Kassierer Schmidt-Zwickau, und zwar beide einstimmig wiedergewählt. Mit einem Hinblick auf den Gang der Verhandlungen, welcher in einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung endete, schloß der Vorsitzende, Kollege Silber-Leipzig, Abends 7 Uhr den Lagerhaltertag.

Zum internationalen Textilarbeiter-Kongress wird uns aus Frankreich geschrieben:

In Nr. 116 des „Vorwärts“ wird für Juli er. ein nach Manchester (England) einberufener Textilarbeiter-Kongress angekündigt und bemerkt, daß die deutschen Textilarbeiter den Kongress gegenüber ablehnend der Kosten wegen sich ablehnend verhalten.

Das ist nicht ganz zutreffend. Der Kostenpunkt ist erst in letzter Linie in Erwägung gezogen worden. Die deutsche Textilarbeiterchaft verzichtet hauptsächlich deswegen auf die Beschickung des Kongresses, weil sie an dem im vorigen Jahre in Zürich gefassten Beschlusse, nach welchem in Uebereinstimmung mit England der nächste internationale Textilarbeiter-Kongress mit dem allgemeinen internationalen Arbeiterkongress zusammenzufallen soll, festhalten will und weil zunächst das in Zürich beschlossene internationale Sekretariat in Wirkfamkeit treten soll.

In diesem Sinne ist auch an Marxville geschrieben worden. Nachdem indes die übrigen befragten Länder sich zur Beschickung des Kongresses entschlossen, ist es nicht unmöglich, daß Deutschland nunmehr seine ablehnende Haltung aufgeben wird.

Wozu kein Geld da ist. In Laubegast bei Dresden muß mit dem 31. d. M. die am 1. Juli 1889 eröffnete Kinderbewahranstalt wegen Mangels an Mitteln geschlossen werden. Allseitig erregt diese Nachricht Betrüben und schmerzliches Bedauern. Der ärmere Theil der Bevölkerung dürfte bald den Mangel der Anstalt lebhaft empfinden.

Versammlungen.

Der Zentral-Verband der Maurer Deutschlands (Zentrale II Berlin) tagte am 20. Mal. Das Referat über das Thema „Ist unsere Organisation im Stande, die Mißstände auf den Bauten zu beseitigen?“ hielt Kollege Silber-Schmidt. Redner schildert eine Reihe von Mißständen auf den staatlichen Bauten, und gerügt besonders das System der Akkordarbeit bei diesen Unternehmungen. Auf einem Bau in Schöneberg beging der Unternehmer die Frechheit, einen Arbeiter, der nicht nach seinem Wunsch die Steine verpacken zu schlagen. Ein in Verusstreifen satzhaft bekannter Baumunternehmer V. hat einen Neubau mit 23 Lehrlingen und 3 Gesellen aufgeführt. Ein Beweis dafür, welche unverkämte Lehrlingsausbeutung auch im Bauhandwerk betrieben wird. Nach Bekanntgabe einer Anzahl ähnlicher Vorfallnisse schloß der Referent mit dem lebhaften Appell an die Anwesenden, sich der Gewerkschaftsorganisation anzuschließen, um gegen solche Mißstände und brutale Uebergriffe des Unternehmertums Front machen zu können. In der Diskussion, an der sich die Kollegen Fritsch, Schulz, Heine und Schigolsky beteiligten, wurde besonders das Verhalten der Verbandsskollegen auf dem Bau in Galenjece betrefis der Meister entschieden verurtheilt. In einer Resolution wird der Vorstand beauftragt, die Kollegen zur nächsten Versammlung einzuladen. Hierauf verliest der Kassierer Kollege Orpel die Abrechnung vom ersten Quartal. Dieselbe ergab eine Bilanz

